

02/02/03/13

Streife

Das Magazin der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen



Es kann jeden treffen NRW-Studie zu Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten

RTZ OWL > ÜBEN FÜR DEN EINSATZ /// IPOMEX > POLIZEIMESSE



Foto: Jochen Tack

Ralf Hövelmann, Redaktion Streife

MIK Nordrhein-Westfalen

Liebe Leserinnen und Leser,

Gewalt ist ein Thema, mit dem sich Polizeibeamtinnen und -beamte im täglichen Dienst immer wieder auseinandersetzen müssen. Das Ministerium für Inneres und Kommunales hat dazu im Jahr 2010 eine Projektgruppe zur Erforschung des Phänomens »Gewalt gegen Polizeibeamte« eingerichtet. Jetzt wurden die ersten Zwischenergebnisse der Onlinebefragung aus dem Jahr 2012 im IntraPol veröffentlicht. Wir stellen Ihnen diese ersten Ergebnisse vor und berichten über die weiteren Arbeitsschritte der Projektgruppe. Wir haben aber auch mit Kolleginnen und Kollegen direkt gesprochen, die selbst Gewalt im Dienst erlebt haben. In der Streife nehmen zwei Polizeibeamte aus Oberhausen erstmalig Stellung zu einem Einsatz, der ohne Zweifel außergewöhnlich war. Sie schildern ihre Gefühle während und nach einem Schusswaffengebrauch und berichten, wie neben Familie und Freunden auch die eigene Behörde unterstützend bei der Verarbeitung des Geschehenen helfen kann.

Ein weiteres wichtiges Thema dieser Ausgabe wird derzeit in der Polizei intensiv diskutiert: gemeint ist das Thema »Verwendungseinschränkung«. Die Bonner Polizeipräsidentin Ursula Brohl-Sowa, Leiterin der Arbeitsgruppe »Verwendungseinschränkung II«, spricht hierzu in der Streife ausführlich über die Ziele, den Arbeitsauftrag und die Arbeitsweise der Arbeitsgruppe. Erste Ergebnisse sollen bis Ende Mai vorliegen - wir werden dran bleiben und weiter berichten. Weitere aktuelle Informationen zum Thema finden Sie, liebe Leserinnen und Leser, im IntraPol.

Ihr Streife-Team

INHALT

02 __ Editorial
59 __ Impressum

TITEL

04 __ **Beleidigen, provozieren, körperlich angreifen** Erste Ergebnisse der NRW-Studie »Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte«
06 __ **Es kann jeden treffen** Ein tätlicher Angriff mit schweren Folgen

IM BLICKPUNKT

12 __ **Erfahrungswissen der älteren Kolleginnen und Kollegen wird gebraucht** Verwendungseinschränkungen: Ursula Brohl-Sowa, Polizeipräsidentin in Bonn, im Gespräch mit der »Streifen«

EINSATZ

16 __ **Üben für den Ernstfall** Ein Tag im neuen Regionalen Trainingszentrum (RTZ) Ostwestfalen-Lippe
22 __ **»Wiking an alle: Unterstützung gesucht!«** Generationswechsel bei der Wasserschutzpolizei

KRIMINALITÄT

24 __ **Gewaltschutz ist Chefsache!** Fachveranstaltung im Polizeipräsidium Krefeld zu »10 Jahre Gewaltschutzgesetz«
28 __ **Die Situation der Kinder wahrnehmen und handeln** Trauma durch das Miterleben häuslicher Gewalt
30 __ **Der Einstieg zum Ausstieg** Interview mit einem Aussteigerbetreuer des Verfassungsschutzes
32 __ **Die Normalität ist nach Dorstfeld zurückgekehrt** Zwölf Monate Druck gegen Rechtsextreme zahlen sich aus

VERKEHR

34 __ **Fünf Lichtsensoren identifizieren die Raser** NRW-Polizei geht mit Hightech gegen zu schnelles Fahren vor

34 __ **Weniger Tote durch Raser in NRW** Die Verkehrsstrategie des Landes zeigt erste Erfolge

PERSONALIEN

36 __ **Helfer und Retter geehrt** Zwei Polizisten erhielten die Lebensrettungsmedaille des Landes
37 __ **Nur sieben Wochen Zeit** Die besten Bachelor-Arbeiten 2012 wurden prämiert
39 __ **In neuer Funktion**

PRISMA

40 __ **Da ist Musik drin!** Professionell, vielseitig und modern: Das Landespolizeiorchester Nordrhein-Westfalen
43 __ **Wir werden bunter und vielfältiger** Auf dem Weg zu einer interkulturellen Organisation
45 __ **No limits – Wie schaffe ich meinen Weg** Tagung »Behördliches Gesundheitsmanagement der Polizei Nordrhein-Westfalen«
46 __ **Schnittstelle zwischen Polizei und Innenministerium** Das Lagezentrum der Landesregierung
49 __ **Austausch über Sicherheit auf höchstem Niveau** Sechste Internationale Polizeifachmesse IPOMEX
54 __ **Damit Leben gelingen kann** Fortbildungs- und Freizeitangebote der katholischen Polizeiseelsorge im Erzbistum Paderborn

55 __ **Qualifikation geschafft** NRW-Damenauswahl Volleyball siegte in Mainz
56 __ **Polizeimeisterschaften vom Skifahren bis zum Ju-Jutsu** Das Wettkampfprogramm der Polizei 2013 im Überblick

PREISRÄTSEL

58 __ **Starlight Express begeistert Millionen** Das Musical läuft seit 25 Jahren



Foto: PP Essen, MK

04 ES KANN JEDEN TREFFEN –
NRW-STUDIE ZU GEWALT GEGEN PVB



Fotos (2): Jochem Tack

16 RTZ OWL – ÜBEN FÜR
DEN EINSATZ



49 IPOMEX –
POLIZEIEMESSE

BELEIDIGEN PROVOZIEREN KÖRPERLICH



Fotos(2): Klaus Eisenmenger

RUND 39.000 POLIZEIBEAMTINNEN UND POLIZEIBEAMTE ERHIELTEN VON FEBRUAR BIS APRIL 2012 DIE MÖGLICHKEIT, SICH AN DER ONLINE-BEFragung ZU BETEILIGEN. FAST DIE HÄLFTE HAT AN DIESER BEFRAGUNG TEILGENOMMEN – EIN SEHR GUTES ERGEBNIS. DIE HOHE RÜCKLAUFQUOTE BILDET EINE GUTE BASIS FÜR AUSSAGEKRÄFTIGE ERKENNTNISSE.

Auch die Zusammensetzung der Teilnehmenden ist erfreulich. Sie ist nach Alter, Geschlecht und Behördenkategorie (Landräte, Polizeipräsidien, Landesoberbehörden) repräsentativ für die Gesamtheit aller Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in Nordrhein-Westfalen. »Die hohe Rücklaufquote und die Repräsentativität sind eine gute Basis für aussagekräftige und belastbare Erkenntnisse«, erklärt der Leitende Polizeidirektor Uwe-Ulrich Gebranzig, Leiter der Projektgruppe »Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte« beim Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP NRW).

Die ersten nun vorliegenden Ergebnisse verdeutlichen, dass fast jeder zweite Befragte mit Bürgerkontakt im Jahr 2011 mindestens einen tätlichen Angriff erlebt hat. Betrachtet man nur die schwerwiegendsten dieser tätlichen Angriffe, führte fast die Hälfte von ihnen zu einer körperlichen Verletzung und in jedem zehnten dieser Fälle kam es zu einer mindestens eintägigen Dienstunfähigkeit.

Zudem haben vier von fünf Befragten mit Bürgerkontakt berichtet, dass sie mindestens einen nicht-tätlichen Angriff erlebt haben.

Durchschnittlich berichteten die Befragten mit Bürgerkontakt über mehr als zwei tätliche Angriffe und dreizehn nicht-tätliche Angriffe gegen sie.

ERLEBTE BELASTUNG DURCH ANGRIFFE

Verbale und andere nicht-körperliche Angriffe werden von den meisten Befragten als Begleiterscheinung der polizeilichen Tätigkeit wahrgenommen. Die Belastung durch diese Angriffe wird geringer eingeschätzt als durch Angriffshandlungen, die körperliche Verletzungen verursachen können. Davon ausgenommen sind Drohungen oder Distanzunterschreitungen: Nicht-tätliche Ereignisse dieser Art können zu deutlichen Belastungen führen.

Zu den am häufigsten genannten Anzeichen von Belastung zählen Schlafstörungen, erhöhte Wachsamkeit oder Reizbarkeit.

FORTBILDUNG UND TRAINING SIND HILFREICH

Als hilfreich beim Umgang mit tätlichen und nicht-tätlichen Angriffen werden besonders die örtlichen Fortbildungsmaßnahmen wie das Einsatztraining sowie die verhaltensorientierten Fortbildungen (z. B. Stressbewältigungsseminare) bezeichnet. Insgesamt haben die Befragten bei fast allen Fortbildungsangeboten ihren Wunsch nach einem Mehrangebot geäußert.

Das Angebot zur Betreuung nach einem belastenden Einsatz ist in hohem Maße bekannt, wird aber selten in Anspruch genommen. Den Wunsch nach Betreuung hat nach einem tätlichen oder nicht-tätlichen Angriff bei weitem nicht jeder. Doch deswegen sind die Angebote nicht schlecht oder unzureichend. »Nein, ganz im Gegenteil«, erklärt Uwe-Ulrich Gebranzig. »Wurde die Betreuung nach einem belastenden Einsatz in Anspruch genommen, fällt die Zufriedenheit mit den betreuenden Personen insgesamt recht hoch aus. Die Auswertung zeigt bisher, dass die Angebote deswegen nicht bzw. nur wenig angenommen worden sind, weil nach Angaben der Befragten dazu kein Bedarf bestand.«

EREN CHANGREIFEN ERSTE ERGEBNISSE DER NRW-STUDIE

»GEWALT GEGEN POLIZEIBEAMTINNEN UND POLIZEIBEAMTE«

DIE PROJEKTGRUPPE

Das Innenministerium hat im April 2010 eine Projektgruppe unter Leitung des Leitenden Polizeidirektors Uwe-Ulrich Gebranzig vom Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP NRW) eingerichtet, um eine eigene Studie zum Phänomen »Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte in Nordrhein-Westfalen« unter wissenschaftlicher Begleitung vorzubereiten und durchzuführen.

Zur Projektgruppe gehören Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LAFP NRW, des Landeskriminalamts (LKA NRW), des Landesamts für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD NRW), des Polizeipräsidiums Köln und der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung (FHöV NRW) sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des LKA NRW und des LAFP NRW. Die Datenschutzbeauftragte des LAFP NRW war an allen relevanten Arbeitsschritten beteiligt. Der Polizeihauptpersonalrat ist von Beginn an in das Projekt eingebunden und begleitet die Arbeit der Projektgruppe. In einem intensiven und engen Abstimmungsprozess mit dem Ministerium hat die Projektgruppe die notwendigen Grundlagen für diese Studie und deren Durchführung geschaffen.

Für die Inhalte der Befragung und die Auswertung der Antworten sind der Psychologe Prof. Dr. Thomas Bliesener und sein Team an der Universität zu Kiel verantwortlich.



WIE GEHT ES WEITER?

Uwe-Ulrich Gebranzig erläutert dazu: »Diese ersten Ergebnisse haben einen vorläufigen Charakter. Eine Ableitung von Handlungsbedarf verbietet sich daher. Jetzt müssen noch weitere Analysen und Auswertungen der quantitativen Daten folgen.« Darüber hinaus arbeiten Prof. Dr. Thomas Bliesener und sein Team von der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel derzeit an einer Interviewstudie, mit der detaillierte Informationen zu ausgesuchten Aspekten erhoben werden.

Diese Studie wird sich auch auf Freitextangaben im Fragebogen beziehen. Hier konnten die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten zusätzlich beschreiben, was für sie persönlich im Zusammenhang mit der erlebten Gewalt noch wichtig war. Viele haben sich freiwillig bereit erklärt, weitergehende Fragen zu diesem Ereignis zu beantworten.

»Es steht noch viel Arbeit an, bevor wir valide Ergebnisse präsentieren können, aber die Basis dafür ist wirklich gut«, sagt Gebranzig abschließend. ///

Ina Jessel, MIK



Das Foto zeigt die Spur 28, den Revolver des Täters

Fotos(2): PP Essen, MK

FÜR DIE POLIZEIBEAMTEN SVEN S. UND KATHARINA H. SOLLTE ES EIN GANZ NORMALER NACHTDIENST AN EINEM MITTWOCH WERDEN. DOCH DIESEN 6. OKTOBER 2011 WERDEN BEIDE WOHL NIE VERGESSEN. AUS EINEM ROUTINEEINSATZ ENTWICKELTE SICH EIN SCHUSSWECHSEL, BEI DEM EIN BEAMTER UND DER TÄTER SCHWER VERLETZT UND ZWEI WEITERE KOLLEGEN LEICHT VERLETZT WURDEN. DIE »STREIFE« SPRACH MIT IHNEN ÜBER DEN EINSATZ, DEN SCHUSSWAFFENGEBRAUCH UND ÜBER DEN UMGANG MIT DEN EMOTIONEN NACH DER SCHIESSEREI.

STREIFE: WAS IST IN DER NACHT DES 6. OKTOBER 2011 PASSIERT?

KATHARINA H.: »In dieser Nacht bin ich mit einem Kollegen Einsatzwagen im Wach- und Wechseldienst gefahren. Zunächst war es noch ruhig. Dann kam der Funkspruch von der Leitstelle. Wir sollten mit zwei Einsatzwagen zu einer Straße in der Nähe des Bordellbereichs fahren. Ein Mann würde dort randalieren. Routine also.

Es folgten immer mehr Lageergänzungen und es wurde hektisch über Funk. Ein Taxifahrer sei bedroht worden. Der Täter sei bewaffnet. Es sei geschossen worden.«

STREIFE: WAS GEHT EINEM IN DEM MOMENT DURCH DEN KOPF, WENN MAN AUF DER ANFAHRT ZU EINEM EINSATZ IST, BEI DEM GESCHOSSEN WORDEN SEIN SOLL?

SVEN S.: »Es passiert ja nicht selten, dass man zu Einsätzen entsendet wird, bei denen Bürger Schüsse oder zumindest Knallgeräusche irgendwelcher Art gemeldet haben. Ich habe aber schnell gemerkt, dass es diesmal anders ist. Über Funk kamen relativ viele Lageaktualisierungen und offenkundig hatte die Leitstelle zahlreiche Anrufe bekommen. Da wird einem bewusst, dass da was Wahres dran sein muss, sonst hätten nicht so viele Menschen angerufen. Es kam auch auffallend häufig der Hinweis auf Eigensicherung von der Leitstelle. Darauf folgte irgendwann die Ergänzung, dass auf ein Taxi oder einen Taxifahrer geschossen worden sein soll und der Täter auch ein Messer bei sich habe. Da ist der Stresspegel schon gestiegen. Dass ich aber womöglich gleich von der Schusswaffe Gebrauch machen werde, das habe ich wirklich nicht erwartet.«

KATHARINA H.: »Als der Ernst der Lage klar war, dachte ich sofort an Eigensicherung.

Mein Gedanke war, möglichst schnell, sobald ich den Täter sehe, aus dem Streifenwagen zu kommen. Nicht im Auto sitzen

JEDEN



TREFFEN.



ANGRIFF EIN TÄTLICHER MIT SCHWEREN FOLGEN

bleiben, das ist keine gute Deckung, wenn der tatsächlich auch auf uns schießen sollte.«

STREIFE: WIE WAR DENN DIE SITUATION, ALS SIE AM EINSATZORT ANKAMEN?

SVEN S.: »Der Täter stand mitten auf der Fahrbahn. Er war ganz dunkel gekleidet und hatte eine Pistole in der Hand. Er schoss wahllos in unsere Richtung. Man hat nur die Knallgeräusche gehört und das Mündungsfeuer gesehen.«

KATHARINA H.: »Ich habe nur noch »Raus hier« gerufen. Dann weiß ich noch, dass ich mich direkt neben den rechten Vorderreifen gekniet habe. Mein Kollege stand am Fahrzeugheck. Wir haben alle irgendwo Deckung gesucht. Ich habe nur gedacht, dass ich den Täter die ganze Zeit im Blick behalten muss, sonst steht der irgendwann neben mir.«

STREIFE: WO HABEN SIE DECKUNG GESUCHT?

SVEN S.: »Ich bin erst mal nicht ausgestiegen, sondern habe versucht, den Funkverkehr aufrechtzuhalten und den Täter über Außenlautsprecher aufgefordert, die Waffe weg- und sich

hinzulegen. Auch den Schusswaffengebrauch habe ich ihm so mehrfach angedroht. Das alles ist aber fruchtlos geblieben. Der Täter hat nicht aufgehört zu schießen.

Die Kollegen haben sich in einem Halbkreis um den Täter verteilt. Im Hintergrund hatten sich schon zahlreiche Schaulustige aufgestellt und mit ihren Handykameras gefilmt.«

STREIFE: HABEN SIE AUCH DAS FEUER ERÖFFNET?

SVEN S.: »Nein. Zu dieser Zeit wäre das nicht möglich gewesen. Zum einen hat sich der Täter hinter einer Litfaßsäule, einem Stromverteilerkasten und geparkten Pkw versteckt und zum anderen standen in seinem Rücken, also in unsere mögliche Schussrichtung, diverse Schaulustige. Das Risiko wäre zu groß gewesen. Wir hatten in unserem Rücken freien Raum, also keine Häuser oder Pkw. Negativ daran war für uns natürlich, dass wir daher auch überhaupt nicht verifizieren konnten, ob er eine scharfe Schusswaffe hat oder nicht. Es gab hinter uns ja keine Einschüsse. Ich bin aber davon ausgegangen, dass er mit einer echten scharfen Waffe auf uns schießt und jederzeit einen von uns treffen könnte. >

TITEL

Im Nachhinein stellte sich heraus, dass dem nicht so war, aber in der Situation hat man keine Chance, das zu unterscheiden. Ich hatte ja auch das Mündungsfeuer gesehen. Da gab es zu diesem Moment keinen Zweifel für mich.«

STREIFE: WANN HAT SICH FÜR SIE DER ZEITPUNKT ZUM HANDELN ERGEBEN?

SVEN S.: »Irgendwann hatte sich der Täter leer geschossen. Er hat immer wieder den Abzug seiner Waffe betätigt und ich habe das Klick-Geräusch mehrfach deutlich wahrnehmen können. Irgendwer von uns rief dann »Der hat sich leer geschossen – los!«. Ein paar Kollegen sind zu dem Täter vorgerannt, um ihn zu überwältigen.

Im ersten Angriff ist dieser Zugriff aber nicht gelungen. Ich glaube, drei oder vier Kollegen sind auf den drauf gegangen. Kurzzeitig lag der Täter auf dem Boden, aber dann hat er plötzlich mit einem Messer hantiert, das ich vorher gar nicht wahrgenommen hatte. Die Kollegen wichen wieder zurück und der Täter ging mit dem Messer in der Hand auf meinen Streifenpartner und auf mich zu. Ich hatte nämlich mittlerweile auch den Streifenwagen verlassen. Als er mit dem Messer auf uns zukam, haben wir von der Schusswaffe Gebrauch gemacht.«

KATHARINA H.: »Für mich ging das in dieser Situation total schnell. Ich habe noch den Kampf der Kollegen mit dem Täter gesehen und dann rannte der Täter auch schon hinter Sven und dem anderen Kollegen her. Der andere Kollege rief zu mir: »Katha, ich wurde getroffen!« und »Vorsicht, Messer!«. Dann lief der Täter wie wild über die Straße. Ich habe ihn, das weiß ich aber nur von den Handyvideos der Schaulustigen, angeschrien »Messer runter! Sofort das Messer runter oder wir schießen!«. Aber der hat uns gar nicht wahrgenommen. Irgendwann habe ich auch auf ihn geschossen. Zweimal. Ich habe aber meine Schüsse, also das Knallen, gar nicht wahrgenommen. Nur an die Schüsse des Täters, ganz zu Beginn, erinnere ich mich noch. Meine Wahrnehmung ist da wirklich stark eingeschränkt gewesen und ich weiß viele Dinge nur wegen der Videos der Schaulustigen. Das ist schon erschreckend.«



STREIFE: IST DER TÄTER DENN SOFORT ZU BODEN GEGANGEN?

KATHARINA H.: »Er hat gar keine Anstalten gemacht, zu Boden zu gehen oder sein Messer fallenzulassen. Keine Reaktion. Im Gegenteil. Er ist weiter mit dem Messer über die Straße gelaufen und auf uns los. Dann haben wir weiter auf ihn geschossen.«

STREIFE: HABEN SIE AUCH GESCHOSSEN?

SVEN S.: »Ja, das habe ich. Wobei auch meine Wahrnehmung da etwas verschleiert ist. Ich war ganz sicher, dass ich nur fünfmal geschossen habe. Tatsächlich habe ich sieben Schüsse abgegeben. Und ich muss echt zugeben, dass es mir am Anfang schwer gefallen ist, den Abzug zu betätigen. Man hat ja die Waffe in der Hand und richtet sie auf den Täter. Innerlich hatte ich eine richtige Hemmung vor dem ersten Schuss. Ich wollte das eigentlich nicht. Also Schießen. Aber es ging nicht anders.«

KATHARINA H.: »Irgendwann setzte sich der Täter in die Hocke. Die Treffer hatten schließlich doch Wirkung gezeigt. Er konnte von uns überwältigt und gesichert werden. Mein Gedanke war nur noch »RTW! RTW und NAW! Schnell!« (Anm.: Rettungswagen und Notarztwagen) Also bin ich zum Streifenwagen gerannt und habe das wohl auch in den Funk geschrien.

Anschließend bin ich zu dem schwer verletzten Kollegen gelaufen und habe ihm gesagt, er solle sich auch auf den Boden legen. Er hatte mir ja während der Schießerei schon zugerufen, dass er getroffen worden sei. Ich habe ihm meine Jacke gegeben und dann habe ich den blutenden Einstich in seinem Körper gesehen.«

SVEN S.: »Das ist auch meine schlimmste Erinnerung an den Einsatz. Ich hatte die Situation vorher mit dem Messer gar nicht so richtig realisiert. Zwar hatte ich die Stich- und Hiebbewegungen wahrgenommen, aber das Messer zunächst nicht so wirklich und er hatte es bei Eintreffen ja auch nicht in den Händen. Es gab Querschläger von den Durchschüssen und weil eben auch vorbeigeschossen wurde. Einige Geschosse prallten gegen die Hauswand oder gegen Gehwegplatten und flogen durch die Gegend. Als klar war, dass der Täter nur eine Schreckschusspistole hatte, war meine größte Befürchtung, dass der Kollege womöglich durch einen unserer Querschläger getroffen wurde. An einen Messerstich hatte ich gar nicht gedacht.

Abgesehen davon habe ich mich natürlich auch grundsätzlich um meinen Kollegen gesorgt. Aber den Gedanken im Kopf zu haben, man hat diese schwere Verletzung gegebenfalls auch noch selbst verursacht – das war schlimm.

Letztlich war es tatsächlich ein Messerstich. Der Täter hatte ihn an der linken Seite des Körpers getroffen. 15 cm tief war die Klinge in seinen Körper eingedrungen. Wir sind auch privat befreundet und das nimmt einen sehr mit. Ihm geht es heute aber den Umständen entsprechend gut und er versieht auch wieder Dienst. Als ich ihn da liegen sah – das kann man gar nicht beschreiben. Er ist verheiratet, hat zwei kleine Kinder. Da möchte



Foto: PP Essen, MK

man sich nicht ausmalen, seiner Frau die schlimmste Nachricht zu überbringen. Ein Glück war es nachher nicht so, aber das sah ja erst ganz anders aus.«

STREIFE: MIT ETWAS ABSTAND BETRACHTET: WÜRDEN SIE HEUTE BEI EINEM SOLCHEN EINSATZ AUF ETWAS BESONDERS ACHTEN?

SVEN S.: »Es ist schwierig, so etwas zu verallgemeinern. Jeder Einsatz ist anders. Beim nächsten Mal würde ich aber darauf achten, einen Kollegen abzustellen, der die ganze Zeit über den Funkverkehr aufrecht hält. Dann auch nicht so, wie ich es gemacht habe, also aus dem Fahrzeuginneren sondern abgesetzt. Wahrscheinlich hätten wir dann bestimmte Ergänzungen der Leitstelle noch mitbekommen, die wichtig gewesen wären. Aber ich glaube, wir haben das wirklich gut gemacht. Der Täter war ja schon mit seiner Schusswaffe in einem Kiosk, am Taxi-stand und schließlich dann auf der Straße unterwegs. Wir haben das als eine Art »Amoklage« bewertet. Wenn das eine scharfe Waffe gewesen wäre, wovon wir ja nun mal ausgegangen sind, hätte es schon im Vorfeld zu Toten oder Verletzten kommen können.«

STREIFE: WAS PASSIERTE NACH DEM EINSATZ?

KATHARINA H.: Vor Ort sind wir wirklich schnell aus dem Einsatz ausgelöst worden. Wir mussten dort noch unsere Waffen an die K-Wache übergeben und wurden dann zur Wache gefahren. Auf der Fahrt dorthin haben wir erst mal gar nicht darüber

gesprochen. Irgendwie war das alles normal. Daher haben wir uns auch zunächst über die alltäglichen Dinge Gedanken gemacht, wie das Abrüsten des Streifenwagens, die schriftlichen Arbeiten und so weiter. Auf der Wache waren unglaublich viele Kollegen aus anderen Behörden. Es lief ja eine BAO (Besondere Aufbauorganisation) und bei uns auf der Wache war die Kräftesammelstelle. Unsere Kollegen, die auf der Wache waren, haben uns alle ganz besorgt und traurig angesehen. Wir dagegen waren eigentlich sogar gelassen.

Obwohl es ja mitten in der Nacht war, haben auf der Wache auch schon ganz viele »Entscheidungsträger« des PP Oberhausen gewartet. Also unser Direktionsleiter, die Polizeipräsidentin, der Wachleiter, der Personalratsvorsitzende, der Opferschutzbeauftragte und viele andere. Alle haben sich um uns gekümmert und sich bemüht, uns stets auf dem Laufenden zu halten, vor allem natürlich, wie es den verletzten Kollegen geht.

Wenig später kam auch jemand vom Betreuungsteam NRW, mit dem wir uns in einen separaten Raum im Präsidium begeben haben, um dort in Ruhe über den Einsatz und unsere Gefühle zu reden.

Insgesamt habe ich mich einfach unglaublich gut aufgefangen gefühlt. Ich denke auch, dass es wichtig ist, eine solche Betreuung nach einem derartigen Einsatz zu erfahren. Vielleicht ist das der Grund, warum ich den Einsatz wirklich schnell und gut verarbeiten konnte, ohne dabei große Schwierigkeiten zu haben.

SVEN S.: Ja, das kann ich so bestätigen, aber ich fand auch, dass sich das alles sehr lang gezogen hat. Natürlich war das auch den ganzen Umständen geschuldet. >

TITEL

Wir mussten eben noch zur Spurensicherung, um unsere Schmauchspurenabdrücke und unsere getragene Uniform abzugeben. Letztlich war ich selbst auch erst früh am Morgen zuhause. Mir hat das eigentlich schon ein wenig zu lang gedauert, aber das lässt sich wohl nur in Teilbereichen optimieren.

STREIFE: WIE LANGE HAT SIE UND IHRE ANGEHÖRIGEN DER EINSATZ IM NACHHINEIN NOCH BESCHÄFTIGT?

SVEN S.: Spürbar nur so die ersten zwei, womöglich drei Tage. Länger nicht. Ich hätte mir in dieser ersten Zeit nicht vorstellen können, meine Waffe in die Hand zu nehmen. Aber durch Gespräche mit Freunden und Kollegen konnte ich das relativ zeitnah gut verarbeiten.

Es waren ja auch seitens der Behörde sehr viele Betreuungsangebote und -möglichkeiten vorhanden, die ich hätte wahrnehmen können – für mich bestand aber kein Bedarf.

Für meine Familie kann ich sagen, dass man da relativ wenig Sensibilität für solche Sachen hat und das meine ich nicht negativ. Im Wesentlichen wird bei uns eben die Meinung vertreten, dass ich bei der Polizei bin und die Waffe nicht aus Spaß mit mir herumtrage. Solche Sachen können passieren. Das kann ich so natürlich nicht für alle Kollegen verallgemeinern, aber bei mir ist da keine besondere Traumatisierung eingetreten. Was aber auch damit zu tun haben könnte, dass der Kollege nicht so schwer verletzt war, wie zu Beginn angenommen und dass der Täter nicht getötet wurde, dass der Schusswaffengebrauch nicht zum Tod geführt hat. Ich könnte mir vorstellen, das hätte eine andere Dimension.

KATHARINA H.: Bei mir liegt sehr viel daran, dass ich dank des Adrenalins wirklich heftige Erinnerungslücken habe. Dadurch bin ich nicht besonders belastet gewesen und hatte auch zu keinem Zeitpunkt Schlafstörungen oder ähnliches.

Zu Beginn, also die ersten drei bis vier Tage nach dem Einsatz, hatte ich Probleme wegen der Erinnerungslücken. Ich wollte unbedingt wissen, was da genau passiert ist, aber ich konnte mich einfach nicht erinnern. Das war schon belastend. Aber durch die Nachbereitungen mit den am Einsatz beteiligten Kollegen konnte ich einige dieser Lücken wieder füllen, was für mich persönlich sehr wichtig war.

STREIFE: SIE HABEN ES GERADE SCHON SELBST ANGESPROCHEN: THEMA »NACHBEREITUNG« – WURDE DER EINSATZ IN DER BEHÖRDE NACHBEREITET?

SVEN S.: Ja. Auf allen möglichen Wegen und Ebenen. Sei es mit dem Betreuungsteam, innerhalb der Dienstgruppe oder auch eine große Nachbereitung nach der Polizeidienstvorschrift. Das war wirklich umfassend.

Irgendwann kann und will man das aber auch nicht mehr hören und es fängt an, zu nerven. Aber sollte mir so etwas noch einmal passieren, würde ich mich dennoch nicht aus den Nachbereitungen rausnehmen. Es ist wichtig für alle Beteiligte. Zunächst hat man ja gerade bei einem solchen Einsatz

auch irgendwo Bedenken. War das rechtlich alles ok? Habe ich mich falsch verhalten? Bin ich nun Beschuldigter oder Zeuge? Aber im Rahmen der Nachbereitung und in vielen persönlichen Gesprächen wurde relativ schnell signalisiert, dass niemand im Haus und niemand bei der zuständigen Staatsanwaltschaft die Veranlassung sieht, uns einen Beschuldigtenstatus zu verleihen.

STREIFE: KANN MAN DURCH AUS- UND FORTBILDUNG AUF EINEN SOLCHEN EINSATZ, EINE SOLCHE SITUATION VORBEREITET WERDEN?

KATHARINA H.: Wie soll man sich darauf vorbereiten? Das ist unmöglich. Das Training bei den örtlichen Fortbildungen ist wirklich gut und den Fortbildern gelingt es, gerade auch beim Training mit Fx-Waffen (Anm.: Übungswaffen mit Farbmunition), einen gewissen Stresspegel zu erreichen, aber das ist absolut nicht mit einer solchen Extremsituation vergleichbar. Das kann man nicht trainieren. Der Stresspegel in einem solchen Realeinsatz ist sehr viel höher als der in jeder noch so realitätsnahen, stressigen Übung.

Aber dennoch ist Fortbildung sehr wichtig, denn ich glaube, dadurch sind wir so gut vorbereitet, dass man eben trotz des Stresses handlungsfähig bleibt. Bestimmte Abläufe sind durch das Training automatisiert und das ist lebenswichtig.

Gewisse Dinge, die man in Aus- und Fortbildung erfährt, setzen sich ja auch in der hintersten Ecke im Kopf fest und können plötzlich doch abgerufen werden. Wie eben meine Erinnerung, dass ich mich hinter dem Motorblock in Deckung bringen muss. Das habe ich irgendwann mal in der Ausbildung gehört und dann war es plötzlich da.

STREIFE: MITTE LETZTEN JAHRES FAND DIE RICHTSVERHANDLUNG STATT. SIE SELBST WAREN ZEUGEN. WIE SEHR BELASTET ES EINEN, WIEDERHOLT MIT ALL DEN EINZELHEITEN KONFRONTIERT ZU WERDEN?

KATHARINA H.: Angenehm ist das natürlich nicht. Es wurden ja auch die Videos der Schaulustigen gezeigt. Plötzlich hat man doch alles wieder vor Augen, womit man eigentlich schon längst abgeschlossen hatte.

SVEN S.: Traurig hat mich gemacht, dass der Täter sich nicht entschuldigt hat. Er hat die Ursache für dieses Einsatzgeschehen gesetzt und einen Beamten schwer verletzt, beinahe getötet. Aber ok – auch damit muss man umgehen und das tun wir alle.

All das gehört einfach zu unserer Arbeit. Wir sind Polizisten. Es ist immer möglich, dass ein Einsatz eskaliert. Auch wenn die Wahrscheinlichkeit für einen Schusswaffengebrauch nach wie vor gering ist: Es kann passieren und es kann jeden von uns treffen. Darauf muss man sich eben als Polizeibeamter gedanklich vorbereiten. ///

Interview: Ina Jessel



KRIMINALHAUPTKOMMISSAR MARKUS BERGMANN,

LEITER DER ERMITTELNDEN MORDKOMMISSION
DES POLIZEIPRÄSIDIUMS ESSEN, SCHILDERT DEN SACHVERHALT:



Nach der Befragung zahlreicher Zeugen und der Auswertung der Spurenlage ergab sich für uns folgender Sachverhalt:

Der 30-jährige Täter randalierte zunächst in der nahen Umgebung des Bordellbereichs in Oberhausen und machte zahlreiche Passanten und Anwohner auf sich aufmerksam, die ihrerseits die Polizei riefen.

Als die ersten drei Einsatzmittel zeitgleich an der Einsatzörtlichkeit eintrafen, befand sich der Täter auf der Straße. Aus der Schusswaffe, die er erkennbar in der Hand hielt, hatte er bei Eintreffen der Beamten bereits mehrere Schüsse abgegeben.

Die Beamten verließen die Fahrzeuge, um geeignete Deckungen aufzusuchen. Ein Beamter verblieb im Fahrzeug und nahm Lautsprecherdurchsagen vor. Hierbei wurde der Täter aufgefordert, sich selber auf den Boden zu legen. Als er den Aufforderungen keine Folge leistete, wurde auch der Schusswaffengebrauch per Außenlautsprecher angedroht.

Nachdem der Täter dann dreimal in Richtung der Beamten geschossen hatte, bemerkten diese, dass sich aus seiner Waffe kein Schuss mehr löste, obwohl er weiter sicht- und hörbar den Abzug betätigte. Nach kurzer Verständigung über diesen Umstand rückten fünf Beamte mit gezogenen Schusswaffen aus verschiedenen Richtungen zum Täter vor. Dieser versuchte, sich zwischen zwei geparkten Pkw zu verstecken, wahrscheinlich, um seine Schusswaffe nachzuladen. Eine Beamtin sicherte aus entsprechender Position die einschreitenden Beamten, auch vor Störungen durch die mittlerweile zahlreich eingetroffenen Schaulustigen.

Der erste Beamte versetzte dem Täter einen Fausthieb, um eine anschließende Sicherung zu ermöglichen. Bei der folgenden Rangelei gingen beide zu Boden. Gegen eine Fixierung setzte sich der Täter zur Wehr, zog ein Messer und attackierte die Beamten. Hierbei versetzte er wahrscheinlich mit einem Fleischermesser

einem Beamten einen Messerstich in die Seite und einem weiteren Beamten mindestens einen Stich zum Rumpf, der die Schulter traf. Einem dritten Beamten stach er ebenfalls zum Kopf-/Rumpfbereich.

Die Beamten wichen daraufhin zurück und forderten ihn immer wieder entscheidend auf, das Messer abzulegen und sich auf den Boden zu legen. Die Ansprachen blieben aber erfolglos.

Ein sichernder Beamter gab aus seiner Position zwei Schüsse auf den angreifenden Täter ab, während ein anderer Beamter Pfefferspray gegen ihn eingesetzt hatte. Beides machte ihn aber nicht handlungsunfähig und er setzte zwei Beamten hinterher. Dabei führte er mit dem Messer Stichbewegungen aus. Einer der zurückweichenden Beamten schoss ebenfalls auf die Beine des Täters gleich wie die sichernde Beamtin. Der Täter ging dadurch kurzfristig zu Boden, richtete sich aber erneut auf und griff mit dem Messer an. Also schossen die Beamten weiter auf die Beine des Täters, bis dieser zumindest nicht mehr laufen konnte und sich auf den Boden setzte.

Letztlich konnte er entwaffnet und fixiert werden.

Ein Beamter wurde durch den 15 cm langen Einstich in seine Oberkörperseite schwer verletzt.

Zwei weitere Beamte wurden durch Messerstiche, Prellungen und Schürfwunden leicht verletzt.

Der Täter, der zwei Gaspistolen und zwei Messer mit sich führte, erlitt durch mehrere Ein- und Durchschüsse schwere Verletzungen.

Er stand nachweislich unter dem Einfluss von Betäubungsmitteln, in diesem Fall Kokain.« ///

Markus Bergmann

Erfahrungswissen der älteren Kolleginnen und Kollegen wird gebraucht

Verwendungseinschränkungen: Ursula Brohl-Sowa, Polizeipräsidentin in Bonn, im Gespräch mit der »Streife«

Die Auswirkungen des demografischen Wandels treffen auch die nordrhein-westfälische Polizei. Daneben ist ein hoher Krankenstand in der Polizei Nordrhein-Westfalens nicht zu übersehen und die Zahl der verwendungseingeschränkten Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten hat kontinuierlich zugenommen. Diese Entwicklungslinien zusammen betrachtet, werfen zwangsläufig die Fragestellung auf, welche personalwirtschaftlichen Möglichkeiten dazu beitragen können, dass die Polizei in Nordrhein-Westfalen auch weiterhin ihren gesetzlichen Auftrag gewährleisten kann.

Über diese schwierige Frage sprechen wir mit der Bonner Polizeipräsidentin Ursula Brohl-Sowa. Denn sie ist Leiterin einer Arbeitsgruppe, die sich im Auftrag des Landes mit dem komplexen und sensiblen Thema »Verwendungseinschränkungen« innerhalb der Polizei befasst.

Noch bevor die Arbeitsgruppe ihre Vorschläge erarbeitet und vorgestellt hat, kursieren aber schon Gerüchte, die die Arbeitsgruppe belasten und – wie Polizeipräsidentin Ursula Brohl-Sowa in unserem Interview klarstellt – den tatsächlichen Auftrag verzerren und die Ziele der Arbeitsgruppe verfälschen.

Ursula Brohl-Sowa: Bevor wir in unser Gespräch einsteigen, möchte ich eines vorwegstellen: Die im Sommer des vergangenen Jahres eingesetzte Arbeitsgruppe »Verwendungseinschränkungen II« tagt seit Oktober ergebnisoffen. Es gibt keine Vorgaben der vorgesetzten Behörde. Wir machen uns sehr viel Arbeit mit der Erhebung von Daten und Fakten sowie deren Analyse und Bewertung. Und wir suchen mit großem Nachdruck nach allen möglichen organisatorischen Lösungen und betreten dafür auch Neuland.

Ich kann Ihnen außerdem versichern, dass wir uns alle in der Arbeitsgruppe der Fürsorgepflicht des Landes gegenüber seinen Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten bewusst sind. Unsere Vorschläge werden die besondere Verpflichtung des Dienstherrn gegenüber seinen Beamtinnen und Beamten berücksichtigen. Es wird also nicht etwa kaltherzig etwas durchdekliniert, sondern wir berücksichtigen die berechtigten Interessen und Bedürfnisse aller.

In diesem Zusammenhang bin ich sehr froh darüber, dass auch der Vertreter des Polizeihauptpersonalrates, die Gleichstellungsbeauftragte und die Hauptschwerbehindertenvertretung bei uns in der Lenkungsgruppe mit am Tisch sitzen und an allen Unterarbeitsgruppen teilnehmen können. Sie haben Zugang zu allen Informationen und sie sind in alle Belange mit

eingebunden. Sie sind damit zugleich Zeugen der Ernsthaftigkeit unserer Bemühungen. Es gibt bei uns keine Geheimdiplomatie!

Streife: Warum wurde die Arbeitsgruppe jetzt eingesetzt?

Brohl-Sowa: Wir haben es mit zwei Entwicklungen zu tun, die wir zur Kenntnis nehmen müssen und die uns zugleich mit Sorge erfüllen. Zum einen ist der Krankenstand in der Polizei sehr hoch, er ist sogar höher als der Krankenstand in anderen Bereichen der Landesverwaltung. Das hat sicherlich auch mit den besonderen Herausforderungen und Bedingungen des Polizeiberufes zu tun, ich denke dabei an die hohen physischen und psychischen Anforderungen im Wach- und Wechseldienst.

Zum anderen hat die Zahl der verwendungseingeschränkten Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten in den zurückliegenden Jahren bedauerlicherweise kontinuierlich zugenommen.

Beides führt in einzelnen Kreispolizeibehörden zu hohen Belastungen. Die dienstliche Inanspruchnahme von jüngeren Kolleginnen und Kollegen steigt und auch bereits lebensältere Beamtinnen und Beamte müssen mit einer deutlich längeren Verweildauer im Wach- und Wechseldienst rechnen. >



Ralf Hövelmann (MIK), Ursula Brohl-Sowa (PP Bonn), Jürgen Marten (PP Bonn)

Insoweit besteht landesweit die Verpflichtung, die Folgen der hohen Krankenstände sowie die hohe Zahl der Verwendungseinschränkungen für die Kreispolizeibehörden und ihre Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten abzumildern. Es mangelt an einer ausreichenden Handlungssicherheit der Kreispolizeibehörden sowie an einer gemeinsamen strategischen Ausrichtung.



Streife: Wie lautet vor diesem Hintergrund der Auftrag für die Arbeitsgruppe?

Brohl-Sowa: Die Arbeitsgruppe wurde im Juli des vergangenen Jahres durch das Innenministerium eingesetzt. Sie soll eine landeseinheitlich standardisierte Verfahrensweise zum Umgang mit verwendungseingeschränkten sowie dauerhaft erkrankten Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten erarbeiten.

Wir gehen bei unseren Überlegungen davon aus, dass die Anforderungen an den Polizeiberuf sehr hoch sind und viele der Kolleginnen und Kollegen tagtäglich bei der Verrichtung ihres Dienstes unter starken Belastungen stehen. Wir wollen für die verwendungseingeschränkten Kolleginnen und Kollegen nach Alternativen suchen, die nachvollziehbar und transparent und für den Einzelnen tragbar sind. Wir werden selbstverständlich das breite Wissen,

das die Kolleginnen und Kollegen während ihrer Dienstzeit gesammelt haben, einbeziehen.

Es gilt, einen Ausgleich zwischen dem Auftrag der Polizei, die Innere Sicherheit zu garantieren, und dem Interesse eines jeden Einzelnen, trotz Einschränkungen im Polizeivollzugsdienst weiterhin arbeiten zu können, zu finden – und das im Rahmen der rechtlichen Vorgaben.

Die Arbeitsgruppe hat sich in fünf Unterarbeitsgruppen mit verschiedenen Aufträgen unterteilt. Diese Aufträge werden mit großer Intensität abgearbeitet, zumal wir vorhaben, unseren Bericht und unsere Empfehlungen im späten Frühjahr dieses Jahres vorzulegen.

Streife: Welche grundsätzlichen Vorüberlegungen sind für die Arbeit der Arbeitsgruppe maßgeblich?

Brohl-Sowa: Wir sind uns des besonderen Verhältnisses zwischen Dienstherrn und seinen Mitarbeitern bewusst. Aus der Fürsorgeverpflichtung folgt für uns völlig schlüssig, dass Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte bei (altersgemäßer) Leistungsminderung nach ihren Fähigkeiten und Möglichkeiten eingesetzt werden.

Soweit Einschränkungen oder Erkrankungen vorliegen, gilt der Grundsatz: Prävention vor Rehabilitation, Rehabilitation vor Laufbahnwechsel, Versorgung oder Ruhestand. Das behördliche Gesundheitsmanagement, der Dienstsport sowie das betriebliche Eingliederungsmanagement dienen dem Ziel, Arbeitsunfähigkeit vorzubeugen, den Arbeitsplatz zu erhalten und somit zu der Gesundheit der Kolleginnen und Kollegen beizutragen. Das sind unumstößliche Grundannahmen, an denen nicht gerüttelt wird.

Streife: Wie ist die Arbeitsgruppe aufgestellt?

Brohl-Sowa: Die Geschäftsführung der Arbeitsgruppe obliegt dem Polizeipräsidenten Bonn. In der Arbeitsgruppe sind bewusst alle Größen von Polizeibehörden und alle Direktionen vertreten. So bündeln wir den Sachverstand aus vielen Bereichen. Aber: Wir müssen feststellen, dass wir mit unserem Ansatz Neuland betreten. Es gibt kaum Erfahrungen anderer Bundesländer, die wir in unsere Überlegungen einbeziehen können. Es gibt auch keine Vorgaben. Insoweit sind wir eine ergebnisoffene Arbeitsgruppe. Im Übrigen ist das Ministerium für Inneres und Kommunales nicht in der Arbeitsgruppe vertreten.

Streife: Wie gehen Sie in der Arbeitsgruppe vor?

Brohl-Sowa: Die Arbeitsgruppe wird zunächst ein Landeslagebild unter dem Blickwinkel der »Verwendungseinschränkungen und Dauererkrankungen« erstellen. Dabei geht es in einem ersten Schritt um eine sachliche und nüchterne Bestandsaufnahme mit Zahlen, Daten und Fakten.

Dazu gehört, dass wir eine Prognose zur Altersstruktur der Polizei NRW erstellen werden und darüber hinaus wollen wir bewerten, wie sich die erarbeiteten, standardisierten Verfahren im Umgang mit den verwendungseingeschränkten Kolleginnen und Kollegen auf die Kernaufgaben der einzelnen Direktionen auswirken werden.

Am Ende unserer Überlegungen soll ein Konzept stehen, wie künftig die Polizeibehörden, die Personalwirtschaft, der polizeiärztliche Dienst und die betroffenen verwendungseingeschränkten sowie dauerhaft kranken Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten miteinander agieren und

»Wir müssen der Herausforderung ins Auge blicken und auch über den Tellerrand hinaus schauen.«

Polizeipräsidentin Bonn, Ursula Brohl-Sowa

welche möglichen Modelle es gibt, im Einzelfall mit einer Betroffenen oder einem Betroffenen zu verfahren. Es geht uns um einen transparenten, nachvollziehbaren, offenen und fairen Prozess. Das soll vor allem den Kreispolizeibehörden Handlungssicherheit geben.

Streife: Wann wollen Sie Ihre Ergebnisse und Handlungsempfehlungen vorlegen?

Brohl-Sowa: Wir haben uns angesichts der komplexen Fragestellung ein sehr ehrgeiziges Ziel gesetzt: Wir wollen bis Ende Mai dieses Jahres fertig sein.

Streife: Bei den Kolleginnen und Kollegen geht in letzter Zeit die Sorge um, dass sie möglicherweise mit einer Verwendungseinschränkung vermehrt in ein Polizeidienstunfähigkeits-Verfahren geschickt werden. Was ist davon aus Ihrer Sicht zu halten?

Brohl-Sowa: Fakt ist, auch verwendungseingeschränkte Polizistinnen und Polizisten besitzen wertvolles polizeiliches Wissen und viel Erfahrung. Darauf wollen und dürfen wir nicht verzichten. Es geht also darum, diese Kolleginnen und Kollegen im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten sinnvoll für die Behörde einzusetzen. Das ist das, was wir wollen.

Die Handlungsempfehlungen der Arbeitsgruppe sollen der Unsicherheit entgegenreten. Der Umgang mit betroffenen Kolleginnen und Kollegen und die Konsequenzen müssen nachvollziehbar und transparent sein.

Ich kann die aktuelle Verunsicherung und Sorge der über 50-Jährigen hinsichtlich einer drohenden Polizeidienstunfähigkeit gut nachvollziehen. Die Kolleginnen und Kollegen empfinden das Polizeidienstunfähigkeits-Verfahren selbst bereits als eine

Stigmatisierung. Hinzu kommen die möglichen Folgen.

Bei lebensjüngeren Kolleginnen und Kollegen – wir reden hier von den unter 50-Jährigen – sieht die Sache allerdings anders aus. Bei ihnen steht möglicherweise ein Laufbahnwechsel an. Das kann man auch als Chance begreifen, der Laufbahnwechsel führt zu einer Qualifizierung im Verwaltungsdienst und bietet interessante Perspektiven.

Streife: Vermutlich werden nicht alle im Polizeidienst untergebracht werden können. Wir reden ja doch über eine erkleckliche Zahl von Betroffenen und vor allem werden die Zahlen in den kommenden Jahren weiter steigen. Was ist da zu tun?

Brohl-Sowa: Wir müssen der Herausforderung ins Auge blicken und auch über den Tellerrand hinaus schauen. Dazu gehört die Frage, ob es in den umliegenden Behörden Möglichkeiten der Verwendung gibt und wie das Verfahren organisiert werden kann. Wir müssen darüber nachdenken, wie wir das organisatorisch in den Griff bekommen – beispielsweise denken wir über eine Jobbörse im Netz oder etwas Vergleichbares nach.

Streife: Wo sehen Sie Möglichkeiten, um verwendungseingeschränkte Kolleginnen und Kollegen unterzubringen und ihre Erfahrungen zu nutzen?

Brohl-Sowa: Eine Unterarbeitsgruppe beschäftigt sich genau mit der Frage, welche Verwendungseinschränkungen zu welcher Funktion passen.

Streife: Die Herausforderungen der steigenden Zahl von verwendungseingeschränkten und dauerkranken Kolleginnen und Kollegen stellen



Fotos(2): Jochen Tack

sich nicht in allen Polizeibehörden in gleicher Weise?

Brohl-Sowa: Die Folgen des demografischen Wandels sind in den Behörden unterschiedlich ausgeprägt. Es gibt Behörden, da stellt sich das Problem bereits jetzt schon und wir suchen nach passenden Lösungen. Bei anderen Behörden werden die Folgen erst später auftreten.

Streife: Betrachten wir die Problemstellung einmal aus der Perspektive eines Betroffenen. Der stellt sich die Frage, was mit ihm geschieht, zumal klar ist, dass nicht genügend Stellen vorhanden sein werden, um allen verwendungseingeschränkten Kolleginnen und Kollegen eine passende Stelle anzubieten?

Brohl-Sowa: Sie sprechen zu Recht ein Problem an, dem wir uns mit dieser Arbeitsgruppe stellen. Noch haben wir darauf keine Antwort. Wir sind noch mitten im Prozess, entsprechende Lösungen zu benennen. Insofern kann und darf ich dem Ergebnis der Arbeitsgruppe nicht vorgeifen.

Streife: Noch einmal aus der Perspektive der Betroffenen gefragt: Droht mir als Verwendungseingeschränktem die Zurruesetzung?

Brohl-Sowa: In einzelnen Fällen mag das die Ultima Ratio, also der letzte Schritt sein. Aber allen Unkenrufen zum Trotz kann ich sagen: Das kann nicht die Antwort auf unsere Herausforderung sein. Es würde dem Funktionieren der Polizei schaden, wäre sozial kaum erträglich und wirtschaftlich unvernünftig, wenn eine hohe Anzahl von dauerhaft verwendungseingeschränkten Kolleginnen und Kollegen mit hohem Erfahrungswissen in den Ruhestand geschickt würde. // Redaktion Streife



Üben für den Ernstfall Ein Tag im neuen Regionalen

In Schloss Holte-Stukenbrock ist eine hoch moderne Trainingseinrichtung der Polizei NRW entstanden. Sie steht auf dem Gelände der Ausbildungsstätte des Landesamts für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP) und ist seit Anfang des Jahres im Echtbetrieb.

Die Handgreiflichkeiten dauern nur wenige Minuten. Es geht Schlag auf Schlag: Angriff, Verteidigung und Gegenangriff im Sekundentakt. Schweißtreibend und kräfteraubend. Der Schlagabtausch in der großen Mattenhalle ist eine Übungseinheit mit hohem Realitätsgehalt. Ganz ähnlich kann es draußen bei einem Einsatz zugehen. Die Angriffe sind nicht abgesprochen und die Bewegungen scheinen einer geheimen Choreographie zu

folgen. Dabei nimmt der Angreifer kaum Rücksicht. Er schlägt mit seinem Rattanstock auf den Polizisten ein. Polizeihauptkommissar Uwe Hartmann vom Polizeipräsidium (PP) Bielefeld setzt zum Schutz seinen Einsatzmehrzweckstock ein, wehrt die Schläge seines Gegenübers etliche Male geschickt ab und geht unmittelbar danach zum Konter über.

Gezielt trifft er die Hand, die das Angriffswerkzeug des Gegners führt. Der Trainer geht dazwischen: »Halt! Reicht mir!« Er gratuliert Hartmann zu seiner bestandenen Prüfung. »Alles gut, alles richtig. Das Soll wurde erfüllt.«

Der kurze, aber heftige Zweikampf zwischen dem Trainer und dem Polizisten ist Teil einer Berechtigungsprüfung. Beide sind anschließend außer Atem. Uwe Hartmann braucht ein paar



Trainingszentrum (RTZ) Ostwestfalen-Lippe

Minuten, um wieder sprechen zu können. Er findet die praktische Erfahrung sehr wichtig, auch wenn es nur eine Trainingseinheit ist. »In einem Einsatz ist es das letzte Mittel«, erklärt er. »Deeskalation steht immer im Vordergrund. Aber wenn man doch einmal zum Einsatzmehrzweckstock greifen muss, dann sollte man damit schon richtig umgehen können.« Tatsächlich hat er ihn in den vergangenen anderthalb Jahren noch nie gebraucht, berichtet der Hauptkommissar.

Ein Trainingshaus mit Tatortwohnungen

Nur wer bei dieser Überprüfung allen Anforderungen gerecht wird, darf im Wach- und Wechseldienst einen Einsatzmehrzweckstock führen. »Der Stock ist ein Einsatzmittel. Er ist als Waffe

klassifiziert«, erklärt Eckhard Kabelitz, Erster Hauptkommissar und Leiter des Regionalen Trainingszentrums (RTZ) in Schloss Holte-Stukenbrock. »Alle Kolleginnen und Kollegen, die im Dienst einen Einsatzmehrzweckstock führen sollen, müssen dieses Training zweimal pro Jahr durchlaufen. Dazu kommt die jährliche Abnahme der Berechtigungsprüfung.«

Das Einsatztraining ist hier in Holte-Stukenbrock seit Anfang dieses Jahres Tagesgeschäft. Im Zweischichtbetrieb werden in der neuen, hochmodernen Einrichtung Polizisten auf schwierige Situationen vorbereitet. Pro Tag können bis zu 72 Beamte in sechs parallelen Gruppen geschult werden, ohne sich gegenseitig zu stören. Neben drei Seminar- und Schulungsräumen sowie zwei Mattenhallen, in denen es um Selbstverteidigungs- und >



Eingriffstechniken geht, gibt es eine hochmoderne Raumschießanlage mit drei 25-Meter-Schießbahnen und als besonderer Clou eine befahrbare Halle und ein Trainingshaus, in dem auf zwei Stockwerken zahlreiche Einsatzformen simuliert und realitätsnah trainiert werden können.

In dem besonders abgesicherten Komplex mit seinen 1.090 Quadratmetern Grundfläche stehen veränderbare Tatortwohnungen, sogar Hotelzimmer und Büroräume zur Verfügung, aber auch ein Klassen- und Lehrerzimmer, um zum Beispiel das Verhalten der Polizei im Fall eines Amoklaufs zu trainieren. Bevor man diesen Bereich betritt, müssen die Dienstwaffen abgelegt werden. Sie werden getauscht gegen Blau- oder Rotwaffen. Nur diese dürfen hier verwendet werden.

Training in realistischen Szenarien

Die Räume sind möbliert. Sie sehen beinahe so aus, als hätten die Bewohner gerade das Haus verlassen. Die Betten sind bezogen, auf den Tischen stehen Blumenvasen. Geschirr aus Kunststoff wartet auf der Anrichte. Alles ist echt, um einen möglichst authentischen Eindruck zu erwecken. »Früher wurden die Trainings in abrisstauglichen Häusern, alten Kasernen, ausgedienten Schulen und Kliniken oder leer stehenden Industrieanlagen absolviert und beispielsweise ein paar Pappkartons aufgestellt. Dann hieß es: »Stellt euch vor, das ist ein Bett oder ein Schrank«, lacht Kabelitz. »Diese Bedingungen waren für die Beamtinnen und Beamten mitunter kaum zumutbar. Doch diese Zeiten sind nun vorbei. Wir trainieren in realistischen Szenarien.«



Fotos(6): Jochen Tack



Der Trainingsbereich bietet auch enge Treppenhäuser, in denen unterschiedliche taktische Varianten geübt werden können, um sich vor Angreifern zu schützen. Die Gaststätte »Zum Löwen« hat all das zu bieten, was man auch in einer normalen Kneipe erwarten würde: Stehtische und Hocker, einen Kickertisch und eine Theke. Alles ist versetzbar und so Kulisse für die verschiedensten Einsatzszenarien.

Weder die Gaststätte noch die Wohnungen müssen immer durch den gleichen Eingang betreten werden. Auch hier hält das RTZ diverse Möglichkeiten parat. Während die Gaststätte auch über einen alternativen Biergarteneingang verfügt, haben die Wohnungen im Erdgeschoss neben verschiedenen Eingangstüren zusätzliche Terrasseneingänge.

Aufschlussreiche Videodokumentation

Sollte ein Familienstreit in der Wohnung eskalieren, kann dank der eingebauten Rammentür sogar das gewaltsame Eindringen in Wohnungen geübt werden. Diese speziellen Türen können über einen Magnetmechanismus gesteuert und der Widerstand zum Öffnen der Türe eingestellt werden.

Doch das RTZ hat noch mehr zu bieten: eine riesige, befahrbare Halle ausgestattet mit einer Fahrbahn, einem Parkplatz und Garagen. Bodenflächen sind hier, genau wie auch vor den Wohnungen oder im Treppenhaus, teilweise mit Tartangummi bezogen. Das Fixieren und Fesseln eines Täters auf dem Boden ist somit nun schmerzfreier möglich. Die Verletzungsgefahr ist minimiert. »In diesem ganzen Bereich kann das sogenannte FX-Training >



Fotos(6): Jochen Tack



durchgeführt werden, bei der »Blau-Waffen« mit Farbmarkierungsmunition eingesetzt werden«, erklärt Kabelitz.

Obwohl das RTZ erst seit einigen Wochen in Betrieb ist, gibt es bereits erste Gebrauchsspuren. Farbspritzer an den Wänden zeigen, dass hier bei Einsatzsimulationen mit Farbmunition »scharf« geschossen worden ist. Kratzer deuten an, dass in den engen Fluren das Handling mit der Ausrüstung mitunter schwierig wird. Eben ganz so wie im richtigen Leben.

Die Ausstattung erlaubt es, jeden einzelnen Einsatz auch schrittweise zu üben und anschließend anhand von Videoaufzeichnungen bei einer Nachbesprechung zu analysieren und zu besprechen. Mit insgesamt 36 Kameras können die Übungen gefilmt und aufgezeichnet werden.

Ein wichtiges Modellprojekt

Das RTZ in Schloss Holte-Stukenbrock ist das erste seiner Art in Nordrhein-Westfalen. Ein beeindruckendes Modellprojekt, das erstmals baulich die Standards des Einsatztrainings auf hohem Niveau umsetzt und dem schrittweise weitere im Lande folgen sollen. Rund zwölf Millionen Euro hat das Land hierfür investiert. Nach knapp einem Jahr Bauzeit konnte es im Herbst letzten Jahres eingeweiht werden. Seit Anfang dieses Jahres läuft der Betrieb. Rund 3.000 Polizistinnen und Polizisten in Ostwestfalen-Lippe werden nun unter optimalen Bedingungen auf schwierige Situationen, Einsätze und Lagebewältigungen vorbereitet. Dafür stehen etwa 30 Trainer und Trainerinnen bereit, die mit ihren Kolleginnen und Kollegen in realitätsnahen Szenarien trainieren.



»Das Regionale Trainingszentrum ist ein wichtiger Baustein, um der zunehmenden Gewalt gegen Polizeibeamte wirksam zu begegnen.« NRW-Innenminister Ralf Jäger



In dem modernen Trainingszentrum haben sich alle Kreispolizeibehörden in Ostwestfalen-Lippe, also Gütersloh, Paderborn, Höxter, Lippe, Herford, Minden-Lübbecke und natürlich das Polizeipräsidium Bielefeld zusammengeschlossen. Die federführende Administration des laufenden Betriebs hat das PP Bielefeld übernommen. Trotz längerer Anfahrtswege für die Fortbildungsteilnehmerinnen und -teilnehmer bleibt unterm Strich das Resümee, dass das Einsatztraining hier in einer bisher nie dagewesenen Qualität angeboten wird.

Wer nach einem Einsatztag im RTZ OWL das Gelände wieder verlässt, der hat in der Regel viel geleistet und ein pralles Pensum absolviert. Belohnt wird er mit wichtigen Erfahrungen und der beruhigenden Gewissheit für den Ernstfall gut gerüstet zu sein.

RTZ-KURZPORTRAIT

Die Trainingseinrichtung ist eine gemeinsame Entwicklung des Ministeriums für Inneres und Kommunales, des Landesamts für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten und des Landesamts für zentrale polizeiliche Dienste.

Das RTZ in Schloss Holte-Stukenbrock dient als Musterbaustein und ist die Grundlage für weitere RTZ in NRW. Die Erfahrungen aus dem Betrieb des RTZ OWL werden dafür genutzt. Dadurch kann die Planung der anderen Trainingszentren vereinfacht werden. /// Redaktion Streife

»Wiking an alle: Unterstützung gesucht!«

Generationswechsel bei der Wasserschutzpolizei



Ein modernes Rheinstreifenboot, 17,75 m lang, 4,53 m breit und mit 2 x 370 kW fast 50 km/h schnell.

Die zehn Beamten der gemeinsamen Leitstelle »Egon/Wiking« und die 265 Beamtinnen und Beamte der Direktion Wasserschutzpolizei (WSP) beim Polizeipräsidium Duisburg suchen Nachwuchs. Ein hoher Altersdurchschnitt (aktuell 49 Jahre) sowie viele bevorstehende Pensionierungen in den kommenden Jahren (63 Beamte über 55 Jahre) bieten Interessierten eine spannende Perspektive, um einmal etwas ganz anderes zu machen. Im März schreibt die Wasserschutzpolizei zahlreiche Stellen für die elf Wachen am Rhein und im Kanengebiet aus.

Der Schwerpunkt der wasserschutzpolizeilichen Tätigkeit liegt auf dem Bootsstreifendienst. Dazu stehen 25 Streifenboote zur Verfügung: 13 auf dem Rhein und 12 im Kanengebiet. Zum Arbeitsalltag gehören Schiffskontrollen in der Berufs- sowie der Sportschifffahrt, Umschlagskontrollen, anlassbezogene Schifffahrtssperren z. B. bei Großveranstaltungen, nach Havarien oder das Sichern von Gefahrenstellen, oft in Zusammenarbeit mit den zuständigen Wasser- und Schifffahrtsämtern. Dabei unterscheidet sich die Kontrolle eines Schiffes deutlich von der eines Pkw oder Lkw an Land. Hier gibt es beispielsweise Standards für die Kontrollen der Motor-, Tankmotor- und Seeschiffe.



Die schwimmenden Dienststellen sind mit modernen Computern, Intranetzugang und allen erforderlichen Gesetzen und Verordnungen ausgestattet.

Überprüft werden die Ausrüstung, der bauliche Zustand der Schiffe, die Sozialvorschriften, Anzahl und Qualifikationen der Besatzungsmitglieder sowie die vorgeschriebenen nautischen Befähigungsnachweise der Schiffsführungen. Zu den erforderlichen Schiffspapieren und Bescheinigungen zählen u. a. Schiffsatteste, Zulassungszeugnisse, Bordbücher, Prüfbescheinigungen für Flüssiggasanlagen oder Feuerlöscher, Patente oder die Dienstbücher der Besatzungsmitglieder. Bei der Überwachung des Transportes gefährlicher Güter kommen weitere gefahrgutrechtliche Genehmigungen und Bescheinigungen dazu. Zwei Ermittlungsgruppen

GG/U (gefährliche Güter/Umweltschutz) in Duisburg und Köln haben sich darauf spezialisiert. Die Tätigkeit bei der Wasserschutzpolizei in NRW spielt sich auf rund 900 Kilometern schiffbarer Wasserstraßen wie dem Rhein, der Weser, der Ems, der Ruhr bis Essen und auf den Norddeutschen Kanälen ab.



»WSP 1« wird auch als Ausbildungsboot und schwimmende Befehlsstelle bei Großveranstaltungen eingesetzt. Länge: 19,00 m, Breite: 5,30 m und Tiefe: 1,20 m, Leistung: 2 x 552 kW.

Erst ein Jahr lang testen

Interessierte an einem Arbeitsplatz auf dem Wasser können sich direkt bei der Führungsstelle der Wasserschutzpolizei bei Polizeidirektor Wolfram Elsner oder Erster Polizeihauptkommissar Ralf Thomas unter der Telefonnummer 0203/2800 ausführlich über den Dienst bei der WSP und deren Aufgaben informieren. Bewerbungen erfolgen direkt für die in Frage kommende Dienststelle, z. B. WSP-Wache in Münster oder Bonn. Nach der Auswahlentscheidung erfolgt zunächst eine einjährige Abordnung. In dieser Zeit können sich Bewerber ein ausführliches Bild von der neuen Aufgabe machen. Dieses Verfahren hat sich in den vergangenen Jahren bewährt, um vor der Versetzung festzustellen, ob Bewerberinnen und Bewerber geeignet sind und diese Verwendung auch ihren dienstlichen Interessen entspricht. Weitere Informationen zur Wasserschutzpolizei sind im Intranet der Polizei im Bereich Verkehr / WSP eingestellt. ///

Ramon van der Maat, PP Duisburg



ANFORDERUNGEN AN DIE BEWERBER

Gesucht werden motivierte und engagierte Bewerber, die bereit sind, sich in das Themenfeld »Wasserschutzpolizei« einzuarbeiten. Ein spezielles Interesse für die Schifffahrt im Allgemeinen und die Technik im Besonderen erleichtert dabei den Umgang mit den Schiffen und hilft bei der wasserschutzpolizeilichen Arbeit.

Folgende formelle Voraussetzungen müssen für einen Wechsel erfüllt sein:

- > Mindestens eine dreijährige Vorverwendung im Wach- und Wechseldienst
- > Zu Beginn der Abordnung nicht älter als 39 Jahre
- > Nachweis der Atemschutztauglichkeit gemäß dem Berufsgenossenschaftlichen Grundsatz G 26 vor Beginn der WSP-Ausbildung

Wesentliche Stationen der Fortbildung:

- > Innerhalb der ersten sechs Monate nach Abordnung zur WSP:
Zweiwöchige fachtheoretische Unterweisung zum Erwerb der allgemeinen Grundkenntnisse
- > Innerhalb des ersten Jahres:
Dreiwöchige fachpraktische Fortbildung auf dem Streifenboot »WSP 1« zur Erlangung von fachpraktischen und schifffahrtsspezifischen Kenntnissen

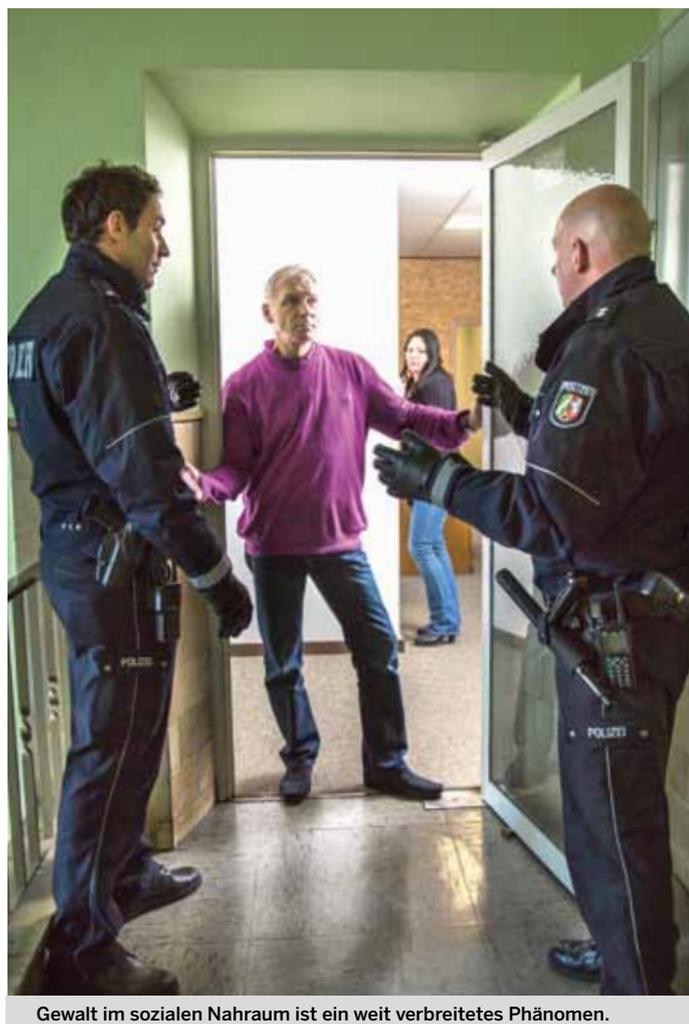
- > Nach ca. einem Jahr:
WSP-Fachlehrgang »Binnen« an der WSP-Schule Hamburg. Der dreimonatige Lehrgang vermittelt Kenntnisse in Schifffahrtsrecht, Schiffstechnik, Binnenschifffahrtsverkehrsrecht, Antriebstechnik, Fahrverhalten von Schiffen, Einfluss von Wind, Strömung usw.
- > Nach ca. einem Jahr:
Lehrgang zum Erwerb des UKW-Sprechfunkzeugnisses für den Binnenschifffahrtfunk
- > Nach ca. 3 Jahren:
Prüfung zur Bootsführerin/zum Bootsführer und Erwerb des Behördenpatentes
- > Nach Erlangung des Behördenpatentes:
Lehrgang zum Erwerb des Radarpatentes nach vorhergehendem Lehrgang an der WSP-Schule Hamburg

Gewaltschutz ist Chefsache!

Fachveranstaltung im Polizeipräsidium Krefeld zu »10 Jahre Gewaltschutzgesetz«

»Es ist besser, Gewalt vorzubeugen anstatt sie zu bekämpfen. Dies gelingt, wenn Verantwortliche Wege ebnen, Signale setzen, vorangehen, motivieren und unterstützen. Deshalb ist Gewaltschutz vor allem Chefsache.« So die zentrale Botschaft des Krefelder Polizeipräsidenten Rainer Furth in seiner Begrüßungsrede im November 2012 anlässlich des Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen.

Zahlreiche Verantwortungsträger aus Politik, Wissenschaft, Kommune, Justiz und freien Trägern der Sozialarbeit aus Krefeld sowie des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes NRW waren seiner Einladung gefolgt. Für das MIK NRW nahm Landeskriminaldirektor (Ldskd) Dieter Schürmann an der Veranstaltung teil.



Gewalt im sozialen Nahraum ist ein weit verbreitetes Phänomen.

Zehn Jahre nach der Einführung des Gewaltschutzgesetzes und des § 34a PolG NRW haben Beteiligte staatlicher und nichtstaatlicher Institutionen Erfahrungen im Umgang mit den Vorschriften sammeln können. In der Veranstaltung ging es um einen Rückblick auf Erreichtes und um einen Ausblick darauf, welche weiteren Schritte – auch zum präventiven Kinder- und Jugendschutz – noch notwendig sind.

Polizeipräsident sieht positiven Trend in Krefeld

Polizeipräsident Rainer Furth machte deutlich, dass Gewalt im sozialen Nahraum auch in Krefeld ein weit verbreitetes Phänomen ist und Einsätze gegen häusliche Gewalt einen wesentlichen Anteil am Einsatzaufkommen der Polizei ausmachen. Mit mehr als 700 Anzeigen pro Jahr registriert die Polizei in Krefeld durchschnittlich zwei Anzeigen pro Tag, in denen Menschen – in der Mehrheit Frauen und Kinder – Hilfe benötigen. Anders als im Land NRW sind die Zahlen in Krefeld seit drei Jahren rückläufig. Möglicherweise ein Indiz guter Präventionsarbeit und ein Vertrauensbeweis für die Arbeit der Krefelder Polizei.

Rainer Furth begrüßte die gesetzlichen und längst überfälligen Veränderungen, die sich im Zuge des Inkrafttretens des Gewaltschutzgesetzes im Jahr 2002 ergeben haben.

Vom »Familienstreit« zur »Gewaltstraftat«

Gewalt in Familien wurde bis in die 1990er Jahre überwiegend als »Privatsache« der Beteiligten und nicht als kriminelles Unrecht betrachtet. Seitdem hat sich viel im Bewusstsein und im Handeln der Strafverfolgungsbehörden geändert. Seit 1996 verfolgt die Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen alle Fälle häuslicher Gewalt von Amts wegen, unabhängig davon, ob das Opfer einen Strafantrag stellt oder nicht.

Das Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen hat in diesem Zusammenhang 1997 mit dem Merkblatt »Das Wesentliche sehen – Polizeiliches Einschreiten bei Gewalt in Beziehungen« wichtige Empfehlungen für die Kreispolizeibehörden zusammengefasst.

1999 erstellte die Bundesregierung einen ersten Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen. Das am 1. Januar 2002 in Kraft getretene Gewaltschutzgesetz sowie die polizeilichen Befugnisse des § 34a Polizeigesetz NRW sind seither Meilensteine bei der Bekämpfung häuslicher Gewalt und brachten einen längst überfälligen Paradigmenwechsel mit sich.



Die Polizei verfolgt alle Fälle von häuslicher Gewalt unabhängig davon, ob die Opfer einen Strafantrag stellen.

Wer schlägt, der geht

Kernstück des Gewaltschutzgesetzes ist die Überlassung der gemeinsamen Wohnung. Das Gesetz als Rechtsgrundlage für zivilgerichtliche Schutzanordnungen sowie die Regelungen des § 34a PolG NRW sollen insoweit

- > in der konkreten Situation die Ausübung weiterer Gewalt effektiv verhindern
- > die nachhaltige Verfolgung von Straftaten sicherstellen
- > Gewalttätern vermitteln, dass Gewalt in Beziehungen keine Privatangelegenheit ist und sie zur Rechenschaft gezogen werden
- > Opfer häuslicher Gewalt in dem Bewusstsein bestärken, dass staatliche wie nichtstaatliche Stellen Hilfe leisten
- > durch eine Vermittlung der Opfer an Hilfe- und Beratungseinrichtungen einen nachhaltigen Beitrag zum Opferschutz und zur Verhinderung weiterer Gewalttaten leisten.

Nach zehn Jahren ist es nun an der Zeit, zu prüfen, ob sich diese Regelungen bewährt haben. Der polizeilichen statistischen Erfassung zufolge stieg die Anzahl der Einsätze aus Anlass häuslicher Gewalt in dieser Zeit von rund 14.300 auf zuletzt mehr als 25.000.

Dabei wurden 2002 insgesamt rund 4.900 Wohnungsverweise und Rückkehrverbote ausgesprochen, 2011 waren es bereits mehr als 12.000. Gleichzeitig stieg die Zahl der Vermittlungen der Opfer an Beratungsstellen von mehr als 4.000 auf nunmehr nahezu 8.000. >

Prozentuale Entwicklung

Im Land und im Polizeipräsidium Krefeld

Zeitraum 2002-2011





LdSKD Dieter Schürmann (MIK NRW), Beate Zielke (Stadtdirektorin Krefeld), Prof. Dr. Bundschuh (FH Niederrhein), KHKin Karin Kretzer, (PP Krefeld)

Landeskriminaldirektor LdSKD Dieter Schürmann machte in seinem Referat deutlich, dass der Anstieg der Fallzahlen im Land auf eine deutliche Aufhellung des Dunkelfeldes hinweist. Das Wirken von Politik, Polizei, Beratungsstellen und Opferschutzverbänden zeige zunehmend Wirkung. Dies zeige sich in vorbildlicher Weise in Krefeld.

Krefelder Netzwerk erfolgreich – ein Rückblick

Aus polizeilicher Sicht fasste Kriminalhauptkommissarin Karin Kretzer die Entwicklung der letzten zehn Jahre in Krefeld zusammen.

Die Gründung des »Runden Tisches Gewaltschutzgesetz« im Jahr 2002 war in Krefeld der Beginn eines langen und erfolgreichen Prozesses. Viele Fragen zur Ausgestaltung ergaben sich erst im Zuge der ersten Wohnungsverweisungen sowie sonstiger Schutzanordnungen.

Bis dahin gab es keinerlei Erfahrungen und Standards zu polizeilichen Gefahrenprognosen, Ordnungsgeldern, Widersprüchen, Zustellungen, Schlüsselherausgaben, Verlängerungen und Rücknahmen von Rückkehrverboten und vielen Dingen mehr. Von A wie Anzeige bis Z wie Zwangsgeld musste sich alles einspielen und vieles abgestimmt werden. Eine wesentliche Voraussetzung für die Wirksamkeit des Gewaltschutzgesetzes war und ist das Wissen um die unterschiedlichen Aufgaben von Polizei und Justiz sowie von Hilfs- und Beratungseinrichtungen und die dadurch bedingten differenzierten Handlungsansätze. Die Umsetzung in die Praxis ist in Krefeld gut gelungen.

Opferschutz verbessert

§ 34a (4) PolG NRW verpflichtet die Polizei, Gewaltopfer an eine qualifizierte Beratungsstelle zu vermitteln. In der Anfangsphase der Gesetzesänderung wurde bereits der bloße Hinweis der Einsatzkräfte auf eine Beratungsstelle als Vermittlung gewertet. Tatsächlich jedoch kamen diese Menschen niemals dort an, erhielten nicht die Hilfe, die sie in ihrer Situation benötigten.

2007 wurde die mit städtischen Mitteln finanzierte Fachberatungsstelle »Häusliche Gewalt« SkF e. V. eingerichtet, die ausschließlich auf häusliche Gewalt und Stalking spezialisiert ist. Die Fachberaterin hat Gelegenheit, ihre Arbeit in Dienstunterrichten vorzustellen und fährt gelegentlich mit auf Streife. Die persönlichen Kontakte haben die polizeilichen Vermittlungszahlen an die Beratungsstelle mehr als verdoppelt und damit den Opferschutz nachhaltig verbessert. Durchschnittlich 200 Personen meldet die Polizei der Beraterin nach Einsätzen häuslicher Gewalt seitdem jährlich. Und die Vermittlung ist keine Einbahnstraße. Der regelmäßige Austausch bestätigt, dass 90 Prozent der vermittelten Personen – sowohl Männer als auch Frauen – die Beratung in Anspruch nehmen.

Hilfe für Opfer und Täter

Krefeld verfügt über konkrete Hilfs- und Therapieangebote für Kinder, Gewaltopfer und Täter. Minderjährige, vor allem Kinder, sind immer Mitbetroffene von häuslicher Gewalt. Das Miterleben ist für sie angsteinflößend und kann je nach Schwere und Häufigkeit traumatisierend – eben Kindeswohlgefährdend – sein.

Die Stadt Krefeld hat 2008 im Jugendamt das Team »Kindeswohl Krefeld« eingesetzt, eine Art schnelle Eingreifgruppe, die in Fällen des Verdachtes der Kindeswohlgefährdung tätig wird. Die Polizei informiert das »Team Kindeswohl« grundsätzlich, wenn Kinder in der gewaltbetroffenen Familie leben. Dabei spielt es keine Rolle, ob sie direkt betroffen sind oder nicht. Bei Kindern unter drei Jahren reagiert das Team noch am selben

Tag, bei älteren Kindern abgestuft nach Alter und Schwere des Tatgeschehens. Ein regelmäßiger Austausch von Polizei und Jugendamt dazu hat die Abläufe verkürzt und im Laufe der Jahre deutlich verbessert.

Für Gewaltbetroffene gibt es neben der Fachberatungsstelle »Häusliche Gewalt« weitere Unterstützungsangebote und Anlaufstellen in Krefeld z. B. das Frauenhaus, den Weissen Ring, die Krefelder Krisenhilfe, die Telefonseelsorge sowie die Frauenberatungsstelle. Alle agieren im Rahmen ihrer Zuständigkeit, aber gemeinsam im Sinne der Sache als Netzwerk gegen häusliche Gewalt.

Seit 2003 bietet der Sozialdienst Katholischer Männer in Krefeld Anti-Gewalt-Trainings für Täter an, die mittlerweile zur festen Hilfestruktur in Krefeld gehören. Neben festen Gruppen gibt es auch ein offenes Angebot für gewalttätige oder gewaltbereite Personen, die aktuell einen Bedarf, aber noch keinen Platz in der festen Gruppe haben. Die Kriminalbeamtinnen und -beamten des Fachkommissariates kennen dieses Angebot und können geeignete Personen bereits in der Vernehmung dorthin vermitteln.

Erfolgsfaktor persönliche Zusammenarbeit

Neben spezialisierten Zuständigkeiten bei Staatsanwaltschaft, Polizei und Kommune sowie den freien Trägern der Sozialarbeit gibt es heute ein stärkeres Bewusstsein in den Krefelder Organisationen zum Thema Gewaltschutz als noch vor zehn Jahren. Dies hat trotz knapper Ressourcen zur Bereitstellung von Personal, Sachmitteln und Finanzen geführt. Der persönliche, regelmäßige und qualifizierte Austausch ist dabei ein wichtiger Erfolgsfaktor; das gilt für alle Ebenen. Nur so ist es gelungen, Schritte und Ergebnisse zu analysieren und weiterzuentwickeln. Die Veranstaltung »Gewaltschutz ist Chefsache!« hat alle Ebenen auf den aktuellen Stand gebracht und war ein weiterer Schritt auf dem kontinuierlichen Weg zu einem verbesserten Gewaltschutz in Krefeld.

Mit einer im Januar 2012 unterzeichneten Kooperationsvereinbarung zum Schutz von Kindern und Jugendlichen haben die Behördenleiter des Amts- und des Landgerichtes, der Staatsanwaltschaft, der Stadt und der Polizei Krefeld einen Grundstein für weitere Aktivitäten gelegt.

Viel erreicht – noch viel zu tun

Das Krefelder Netzwerk gegen häusliche Gewalt hat die rechtlichen Veränderungen in den vergangenen zehn Jahren durch eine gelungene Kooperation und Vernetzung positiv umgesetzt und eine kontinuierliche Qualitätsverbesserung gemeinsam gestaltet.

Und dennoch bleibt viel zu tun mit Blick auf Hochrisikofälle, die Verbesserung der Daten- und Informationsgrundlage sowie häusliche Gewalt zum Nachteil von

- > Frauen mit Behinderungen
- > Menschen mit besonderem Pflegebedarf
- > Frauen aus anderen Kulturkreisen
- > Menschen mit gesellschaftlich nicht akzeptierter geschlechtlicher Identität.

GESETZLICHE VORAUSSETZUNGEN

- > 2005: § 8a SGB VIII – Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung
- > 2006: § 42 Abs. 6 SchulG NRW – Auftrag, jedem Anschein von Vernachlässigung oder Misshandlung nachzugehen
- > 2012: § 4 KKG (Bundeskinderschutzgesetz) – Verpflichtung von Berufsgeheimnisträgern, bei Anhaltspunkten für Kindeswohlgefährdung notwendige Schritte zur Abwendung der Gefährdung zu ergreifen und bei Bedarf mit der Kinder- und Jugendhilfe zu kooperieren

Gemeinsam gegen häusliche Gewalt

Der Rückblick auf zehn Jahre Gewaltschutz in Krefeld ist positiv. Es ist uns gelungen, Gewaltschutz in Krefeld erfolgreich umzusetzen und als Führungsaufgabe zu verankern. Wir haben erste Schritte gemacht und gute Ergebnisse erzielt. Weitere stehen noch aus. Mit den Erfahrungen der letzten zehn Jahre werden wir sie als Verantwortungsgemeinschaft angehen. Es liegt in unserer gemeinsamen Verantwortung, betroffenen Kindern Hilfe und Schutz zukommen zu lassen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung »Gewaltschutz ist Chefsache!« insbesondere die Schulen, haben die Botschaft mit in ihren Wirkungskreis genommen. Sie haben die Notwendigkeit zum gemeinsamen Handeln erkannt und ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit signalisiert. Dies ist eine wichtige Grundlage für weitere Schritte. ///

Wolfgang Weidner, PP Krefeld

Die Situation der Kinder wahrnehmen und handeln

Trauma durch das Miterleben häuslicher Gewalt



Die Zeugenschaft bei häuslicher Gewalt ist eine Form der Kindeswohlgefährdung. Das ist laut Dr. Claudia Bundschuh inzwischen hinreichend belegt. Sie hat viele Jahre im Kinderschutz gearbeitet und ist heute als Professorin für die Pädagogik des Kinder- und Jugendalters im Fachbereich Sozialwesen an der Fachhochschule Niederrhein in Mönchengladbach tätig. Sie meint: Wenn die Polizei bei Fällen von häuslicher Gewalt gerufen wird und Kinder mit in der Familie leben, ist es wichtig, zum Schutz der Kinder aktiv zu werden und mit Fachstellen zu kooperieren.

Streife: Frau Prof. Bundschuh, wie sollten Polizistinnen und Polizisten reagieren, wenn sie gerufen werden, um gegen häusliche Gewalt einzuschreiten und Kinder diese Situation miterleben?

Prof. Dr. Claudia Bundschuh: In der Vergangenheit war es immer so, dass sich die Polizei oder auch die Nachbarn, die etwas mitbekommen haben, nur um die Erwachsenen gekümmert haben, um die Situation zu entschärfen. Wie sich die anwesenden Kinder dabei fühlten, wurde außen vor gelassen. Man dachte: »Das hat ja mit denen nichts zu tun. Die sind ja nicht geschlagen worden.« Hier muss sich das Bewusstsein ändern. Wenn die Beamten sehen, dass Kinder in der gewaltbelasteten Familie leben, sollten sie so handeln, als ob die Kinder selbst geschlagen worden wären. Aus diesem Ansatz ergeben sich ganz einfache Fragen: Sind hier Kinder im Haus? Was müssen wir schnell tun, um sie zu schützen? Müssen wir eventuell noch in der Nacht das Jugendamt einschalten? Wie können wir dafür sorgen, dass die Jugendhilfe davon erfährt und den Kindern oder Jugendlichen ihrerseits Hilfe anbietet?

Streife: Kennen Sie konkrete Fallzahlen dazu?

Bundschuh: Es gibt keine Dunkelfeldforschung. Deshalb wissen wir wenig. Aber es gibt Zahlen, die erste Schätzungen ermöglichen. So lassen z. B. Fallzahlen von ausgewählten Frauenhäusern darauf schließen, dass jährlich 50.000 bis 70.000 Kinder aufgrund von häuslicher Gewalt mit Müttern in Schutzeinrichtungen Aufnahme suchen. Bei einer Befragung von Schülern im Jahr 2005 durch das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen gaben 10,1 Prozent der Kinder an, dass sie schon einmal Zeugen häuslicher Gewalt geworden seien. Generell kann man sagen: Es kommt wesentlich häufiger vor, als wir denken.

Streife: Was ist das Wichtigste für die Kinder und Jugendlichen in solchen familiären Konflikten?

Bundschuh: Dass sich die Situation für sie schnell zum Positiven ändert. Sie sollen nicht weiter Zeugen oder Beteiligte von häuslicher Gewalt werden und dadurch in Mitleidenschaft gezogen werden. Sie müssen möglichst schnell aus der Gefahrensituation, aus der Bedrohung herauskommen. Das ist der erste Schritt. Aber auch der zweite ist wichtig: Sie benötigen Beratung, Begleitung und eventuell auch therapeutische Hilfe, um das, was sie erlebt haben, verarbeiten zu können.

Streife: Welche rechtliche Grundlage gibt es denn für das Eingreifen?

Bundschuh: Zum Beispiel das Bundeskinderschutzgesetz. Darin ist der »Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung« festgeschrieben. Die Polizei hat natürlich nochmal ihren eigenen rechtlichen Rahmen, aber bei Kindeswohlgefährdung sollten wir uns alle verpflichtet sehen, aktiv zu werden. Die Zeugenschaft bei häuslicher Gewalt ist eine Form der Kindeswohlgefährdung. Das ist der zentrale Punkt.

Streife: Was passiert mit den Kindern und Jugendlichen, wenn sie keine Hilfestellung bekommen, um das Erlebte zu verarbeiten?

Bundschuh: Wenn die Kinder und Jugendlichen keine Hilfe erhalten, dann verarbeitet ihre Seele das auf ihre eigene Art und Weise, um sich zu schützen und um überleben zu können. Die Kinder und Jugendlichen sind beeinträchtigt in ihrem Wohlbefinden und das kann ihre Entwicklung ebenso schädigen, als wenn die Kinder selbst geschlagen worden wären. Es können psychische Probleme, psychosomatische Erkrankungen oder Angstzustände entstehen. Die Reaktionen sind von Mensch zu Mensch sehr verschieden. Sie können Hemmungen entwickeln,

auf andere Menschen zuzugehen. Andere zeigen eventuell Auffälligkeiten in ihrem Umgang mit anderen, weil sie mit einem falschen Bild aufwachsen, wie man offensichtlich Konflikte in einer Beziehung durch Gewalt löst: Männer tun dies in ihrer Vorstellung dann durch Gewalttätigkeit und Frauen durch das Erdulden von Gewalt.

Streife: Welche Langzeitfolgen hat das für die Kinder und Jugendlichen?

Bundschuh: Wenn Kinder keine Hilfestellung zur Bearbeitung der Erfahrungen erhalten, ist unter anderem die Wahrscheinlichkeit groß, dass sie dann in Imitation der Person, die sie erlebt haben, später ein ähnliches Verhalten zeigen. Die Gefahr ist groß, dass sich dieses Sozialverhalten von einer Generation zur nächsten weiterträgt.

Streife: Es gibt auch Frauen als Täterinnen bei Fällen häuslicher Gewalt, doch in den meisten Fällen sind es Männer, die Frauen Gewalt antun. Mit der Beendigung der konkreten Bedrohungssituation ist es mit der Gefahr für die misshandelten Frauen noch nicht vorbei – und auch nicht der Stress für die Kinder.

Bundschuh: Das stimmt. Die Gefahr für Frauen, die sich aus Gewaltbeziehungen trennen, wirklich schwerste Körperverletzungen zu erleiden, zum Teil mit Todesfolge, ist während der Trennung und kurz danach am größten. Und die Kinder werden häufig als »Briefkästen« benutzt, um Drohungen an die Mutter weiter zu geben. Deshalb plädiere ich in solchen familiären Situationen, in denen der Gewalttäter sich noch nicht etwa einem Anti-Aggressivitäts-Training unterzogen hat, für den »begleiteten Umgang«: Dass immer jemand dabei ist, wenn der Vater das Kind oder die Kinder trifft. Und Kinder sollten nicht gezwungen werden zum Kontakt. Wenn sie es aber möchten, sollte mindestens diese Möglichkeit gegeben sein. Der Vater ist ja nicht nur böse. Er ist ja immer noch ihr Vater. Aber beim Umgang muss gewährleistet sein, dass dieser gut geschützt erfolgt, und zwar für alle Beteiligten. Und Kinder, die ihre gewalttätigen Väter nicht sehen wollen, sollten dazu auch nicht gezwungen werden.

Streife: Sind die Netzwerke zur Beratung und Hilfe in Fällen häuslicher Gewalt eigentlich dicht genug?

Bundschuh: Es gibt viele gute Beispiele vor Ort. So haben sich im »Krefelder Netzwerk gegen Häusliche Gewalt« verschiedene Institutionen zusammengeschlossen, darunter auch die Polizei. Sie wollen sich gerade im Hinblick auf den Schutz von Kindern und

Seit dem Jahr 2002 kann die Polizei in NRW gewalttätige Personen innerhalb einer Lebensgemeinschaft zum Schutz der Opfer für zunächst zehn Tage der Wohnung verweisen. Die Polizei kontrolliert auch, ob sich die entsprechende Person an das Rückkehrverbot hält; andernfalls droht ein Zwangsgeld bis zu 2.500 Euro. Während dieser zehn Tage kann das Opfer beim Zivilgericht nach dem Gewaltschutzgesetz einen längeren Schutz und bzw. oder die Zuweisung der gemeinsamen Wohnung beantragen.

Jugendlichen bei Fällen häuslicher Gewalt künftig eng abstimmen. Ich merke aber immer wieder, dass das Funktionieren von solchen Netzwerken sehr personenabhängig ist. Sie leben von den Menschen, die in ihnen tätig sind. Wo ein Bewusstsein da ist, dass es hier einen Handlungsbedarf gibt, wo man sich persönlich kennt und den schnellen kurzen Weg gehen kann und auch mal kurz durchklingeln kann, funktionieren sie wunderbar. An anderen Stellen, wo so etwas nur von oben vorgegeben wird, sind diese Kooperationen oft schwergängiger. Hinzu kommt: Es gibt sehr viele spezialisierte Arbeitskreise – zu häuslicher Gewalt, zu sexualisierter Gewalt, zu Menschen mit Behinderungen und so weiter. Man muss nicht für jeden Gewaltbereich einen eigenen Arbeitskreis haben. Es würde Sinn machen, manche Dinge zusammenzuführen. Dann ist die Überforderung vielleicht manchmal auch nicht so groß. ///

Interview: Walter Liedtke

Der Einstieg zum Ausstieg Interview mit einem Aussteigerbetreuer des Verfassungsschutzes

Seit den Verboten rechtsextremistischer Kameradschaften im Sommer 2012 durch NRW-Innenminister Ralf Jäger gelingt es dem Verfassungsschutz verstärkt, Neonazis aus der Szene zu ziehen. Die Ausstiegsverfahren dauern mehrere Jahre und haben massiven Einfluss auf den Alltag der Ausstiegswilligen. Streife-Autor Peter Bandermann sprach in Düsseldorf mit einem Aussteigerbetreuer über seine Arbeit.

Herr Medenbach, ist Felix Medenbach Ihr echter Name?

Nein. Er ist ein Arbeitsname für die Öffentlichkeit. Ich sehe zwar weniger mich selbst gefährdet, aber ich möchte meine Familie aus diesem Bereich heraushalten.

Ihr Arbeitsplatz führt Sie in eine verfassungsfeindliche Szene. Viele Mitglieder dieses Milieus sind gewalttätig. Ist es ein gefährlicher Job, Nazis aus der Szene zu ziehen?

Gefährlich nur bedingt. Wenn Ausstiegswillige auf uns zukommen, dann gehen wir davon aus, dass diese Absicht ernsthaft ist. Bei früheren Gewalttätern ist die Gefahr für mich zweitrangig.

Neonazis sind als Aussteiger selbst einer Gefahr ausgesetzt, weil die früheren »Kameraden« sie mit Gewalt verabschieden. Wie schützen Sie sich und Ihre Klienten?

Nach dem Motto »Wer nicht für mich ist, ist gegen mich« lässt die Szene ein Mitglied nicht einfach gehen. Wer die Bewegung verlässt, gilt als Verräter. Einer meiner Aussteiger ist krankenhaushausreif geschlagen worden, bevor er sich an uns gewandt hat. Bei einem so hohen Gefährdungspotenzial gehen wir besonders vorsichtig vor. Je nach Szene haben wir gewisse Absicherungsmaßnahmen.

Ausstiegsbegleiter für Neonazis ist kein anerkannter Ausbildungsberuf. Was qualifiziert Sie?

Wir leisten eine Art staatschützender Sozialarbeit. Man braucht dafür profundes Wissen über die rechte Szene. Wir müssen wissen, wie sie spricht, wie sie arbeitet, wie sie funktioniert. Wichtig sind auch grundlegende Kenntnisse aus der sozialen Arbeit. Wir bringen das selbst erlebte Wissen über den Rechtsextremismus, aber auch Kenntnisse in klientenzentrierter und systemischer Gesprächsführung mit.

Was bringt Ihre bisherige Arbeit als Gewinn für die aktuelle Arbeit mit?

Eine wichtige langjährige Erfahrung. Ich habe recht genaue Einblicke in die bundesweite Rechtsextremisten-Szene gewonnen. Die Klienten merken, dass sie mit jemandem sprechen, der die Szene und ihre Regeln kennt.

Wie kommt es zum Kontakt zu den Aussteigern?

Nach dem Start im Jahr 2001 haben wir zunächst reaktiv gearbeitet. Klienten mussten auf uns zukommen. Über ein Bürgertelefon, über die Kollegen vom Staatsschutz der Polizei, über Sozialarbeiter. Mittlerweile gehen wir auch aktiv auf Personen zu, die ausstiegswillig sein könnten. Wir sprechen die Klientel auch im Gefängnis an und legen nahe, dass jetzt der Zeitpunkt da ist, über einen Ausstieg nachzudenken.

Sie erhalten tiefe Einblicke in gescheiterte Lebensläufe. Mit wem haben Sie es zu tun?

Wir haben inzwischen 130 Personen dauerhaft aus der rechtsextremistischen Szene geholt. Darunter sind Mitläufer und Leute aus dem harten Kern. Jeder Fall ist anders. Aber eins ist fast immer vergleichbar: Alle haben meist zu Beginn der Pubertät, wenn junge Menschen auf der Suche sind, zu viele Defizite und zu wenig Anerkennung erfahren. Wenn dann zufällig – oder weil nichts anderes da ist – über Musik oder eine Veranstaltung ein Angebot der rechten



Szene kommt, dann sind diese jungen Menschen bereit, da hinzugehen. Viele schaffen wieder den Absprung und erkennen nach einiger Zeit: »Das bin ich nicht«. Ein Großteil bleibt. Weil die rechte Szene viele Bedürfnisse vordergründig befriedigt.

Wie bindet die Szene ihre Mitglieder?

Sie signalisiert: Du passt zu uns. Du bist einer von uns. Das vermittelt Selbstwert. Ein straffällig gewordener Klient sagte mir vor kurzem, dass er vieles so gar nicht mitgetragen habe, aber keine anderen Freunde hatte. Das gibt man dann nicht so einfach auf.

Wenn es um Freundschaft und Anerkennung geht: Welche Rolle spielen dann Hass, Antisemitismus und andere Formen der rechtsextremistischen Ideologie?

Wenn ich längere Zeit mit dem Klienten arbeite und seine Biografie kenne, stelle ich häufig fest: Hinter übelstem Rassismus, Antisemitismus und Nationalsozialismus steht der gar nicht. Er ist so geworden, weil die Szene ihn so hat werden lassen. Der Ausstieg ist dann oft ein jahrelanger Prozess. An dessen Ende steht die Einstellungsänderung – rechtsextremistische Ideologien sind dann tabu.

Der Verfassungsschutzbericht für 2011 spricht von 640 Neonazis. Aktuell sind etwa 40 im Ausstiegsprogramm des Innenministeriums. Stößt Ihr Vierer-Team inzwischen an Grenzen?

Wir sind gut ausgelastet. Ein Begleiter kann zeitgleich sechs bis acht Aussteiger betreuen. Wir arbeiten dabei sehr eng mit verschiedenen Behörden und Institutionen wie Jugendämtern und der Arge zusammen. Und die Zusammenarbeit klappt gut. Allein wäre das nicht zu schaffen.

Ein typischer Ausstiegsprozess – wie sieht der aus?

Unser Programm beruht auf zwei Säulen. Erstens: Praktische Hilfe leisten und Alltagskompetenz vermitteln. Zweitens: Eine Einstellungsänderung erzielen. Also die Veränderung ideologischer Überzeugung. Denn man muss wissen, dass derjenige, der die Szene verlassen will, auf einen Schlag alles aufgeben muss. Bis zu diesem Zeitpunkt ist das soziale Umfeld vom Rechtsextremismus dominiert. Jetzt lässt er auf einen Schlag alles hinter sich: Sein vertrautes Umfeld, seine »Kameraden« und, wenn er aus einer gewaltbereiten Szene stammt, auch seine Stadt. Dann ist alles weg.

Was können Sie in dieser kritischen Situation tun?

Wir müssen schnellstmöglich Alternativen finden. Gibt es einen Schulabschluss, eine Ausbildung, Schulden oder ein Gerichtsverfahren? Für alle Probleme suchen wir eine Lösung.

Wie lange kann ein Ausstieg dauern?

Ein Ausstieg ist für uns mit der Unterschrift unter einer Selbstverpflichtung nicht erledigt. Wir sind häufig mehr als drei Jahre

mit dem Klienten zusammen und führen in dieser Zeit sehr viele Gespräche. Bei manchen sind es bis zu fünf Jahre, wenn wir einen dauerhaften Erfolg absichern wollen. Auch nach einer so langen Zeit kann ich niemandem hinter die Stirn gucken, aber in Gesprächen über die Tagespolitik doch erkennen, wo er steht. Wichtig ist, dass nichts mehr ideologisch aufgeladen ist und dass Gewalt keine Akzeptanz mehr hat.

Ein fest etablierter Neonazi ist von seiner Szene über Jahre bestrahlt worden. Wie können Sie ihn von seiner Ideologie abbringen?

Nicht alle sind ideologisch gefestigt. Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sind abgestuft vorhanden. Ein Aussteiger, den ich betreue, arbeitet mittlerweile in einer türkischen Firma. Das setzt eine sehr deutliche Veränderung im Denken voraus. Ich arbeite auch mit Autonomen Nationalisten, denen der von Hitler verkörperte Nationalsozialismus nicht wichtig ist. Sie sind in erster Linie aktionsorientiert und begehren gegen den Staat auf. Die wollen, dass die Straße brennt. Wenn ich ihren Ausstieg will, muss ich verstehen, wie der Einstieg war.

Sie repräsentieren ein System, das die Aussteiger über Jahre abgelehnt haben. Warum soll ein Nazi ausgerechnet mit Ihnen zusammenarbeiten?

Die Klienten haben erfahren, dass das, was sie in der Vergangenheit gesucht haben oder was ihnen versprochen worden ist, nicht stattgefunden hat. Sie erkennen, dass ihr »Führer« ein übler Opportunist ist, weil er nur die eigenen Interessen verfolgt. Manche erkennen mit Ende 20, dass sie auf einen schlechten Schulabschluss, auf eine abgebrochene Berufsausbildung und mehrere Vorstrafen zurückblicken und dass es so nicht weitergehen kann. Denen reichen wir die Hand. Und das funktioniert. ///

Peter Bandermann



Die Normalität ist nach Dorstfeld zurückgekehrt

Zwölf Monate Druck gegen Rechtsextreme zahlen sich aus



Foto: Peter Bandermann

KD Walter Kemper

Kriminaldirektor Walter Kemper kannte den Dortmunder Ortsteil »Dorstfeld« früher nur aus der Zeitung. Ein gefährliches braunes Nest sollte der Stadtteil im Dortmunder Westen sein. Rechtsextremisten würden den Ton angeben. Angst bestimme die Atmosphäre. So rauschte es über Jahre im Blätterwald. Für die überregionale Presse war die Vorstadt auf der Hellweg-Schiene der Ort schlechthin, um das Aufkeimen der braunen

Saat dokumentieren können. Tatsächlich befanden sich Rechtsextreme und demokratische Kräfte in einem Raumkampf. Rechtsextremisten bedrohten Mitgliederversammlungen und störten Wahlen. Eine permanent bedrohte Familie musste den Stadtteil sogar verlassen.



Wir wollten weg von dieser Stigmatisierung, dass Dortmund eine braune Stadt sei. Dorstfeld ist viel

selbstbewusster geworden«, so die Bilanz des Kriminaldirektors nach dem über zwölf Monate andauernden Druckaufbau. Und die Rechtsextremen? »Sie wissen, dass sie sich nichts erlauben dürfen«, antwortet Kemper. Mit Razzien und Verboten haben Polizei und Innenministerium den rechtsextremistischen »Nationalen Widerstand« in Dortmund (NWDO) über ein Jahr lang in die Defensive gedrängt. Seit die Polizei wie an insgesamt vier Brennpunkten in NRW den

DORTMUNDS STRUKTUREN GEGEN DEN RECHTSEXTREMISMUS

- > Anfang 2012 hat die BAO Rechts der Polizei Dortmund die Arbeit aufgenommen
- > Innenminister Ralf Jäger hat im August 2012 den Nationalen Widerstand Dortmund verboten
- > Anfang September bestätigte das Bundesverfassungsgericht ein Demonstrationsverbot durch Polizeipräsident Norbert Wesseler
- > Demokratische Organisationen wie der Jugendring sind schon seit Jahren Ansprechpartner für Schulen, um das Demokratie-Verständnis zu fördern
- > Die Opferberatungsstelle »back up« mit Sitz in Dortmund betreut inzwischen über 120 Opfer rechtsextremistischer Gewalt in Westfalen
- > Die Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie gründet in diesem Jahr einen eigenen Trägerverein
- > Der Dortmunder Staatsschutz klärt in Schulen über Rechtsextremismus auf und informiert den Wach- und Wechseldienst über das Thema
- > Das Kommissariat für Prävention und Opferschutz bietet Zivilcourage-Training an
- > Die Mahn- und Gedenkstätte Steinwache veranstaltet Seminare über den Nazi-Terror und Widerstand im Dritten Reich
- > Zahlreiche Schülerinnen und Schüler arbeiten als »Botschafter der Erinnerung« mahndend gegen den Rechtsextremismus in der Stadt
- > Borussia Dortmund verweigert Besuchern, die Neonazi-Kleidung tragen oder durch ihr Auftreten als Neonazi auffallen, den Zutritt ins Stadion
- > Die evangelische Kirche veranstaltet 2013 unter dem Titel »Toleranz« eine Vielzahl von Terminen auch in Dortmund

Nazis auf den Springerstiefeln steht, kann von einer »braunen Hochburg« keine Rede mehr sein. Die Verfassungsfeinde wehren sich vor Gericht gegen die Repressionen und verhalten sich vorsichtig, um weitere Verbote zu vermeiden.

Propagandamaterial, Drohgebärden und Gewalttaten sind aus dem Stadtbild verschwunden. Sogar der »antifaschistische Frühjahrsputz«, zu dem das Bündnis »Dortmund gegen Rechts« und die Gewerkschaftsjugend der IG Metall aufrufen mussten, um Nazi-Aufkleber zu entfernen, ist 2012 ausgefallen. Dorstfeld war niemals mehrheitlich rechtsextremistisch. Jetzt hat sich auch die öffentliche Wahrnehmung gewandelt. Das Leben dort wirkt wieder normal. Alltag ist eingelehrt. Nazi-Gegner rufen nicht mehr zu Protestaktionen auf.

Die Neonazis, so wirkt es inzwischen, haben im Raumkampf um die Straße kaum noch eine Chance. Sie sind zurückgedrängt worden. Kriminaldirektor Walter Kemper spricht von einem »hohen Entdeckungsrisiko«. »Wir sind dicht dran«, so der 53-Jährige, der auch auf die Nähe zur Staatsanwaltschaft und ein enges Netzwerk gegen Rechtsextremismus verweist. Die Opferberatungsstelle »back up« und die Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie in der Stadt sowie Ausstiegsbegleiter des Verfassungsschutzes sind wichtige Partner. Denn von Anfang an war klar, dass die Polizei den Kampf gegen die Neonazis allein nicht gewinnen kann.

Erreicht wurde das Ziel ohnehin noch nicht. Bei den Razzien im August 2012, bei denen Propagandamaterial, Waffen und Munition sichergestellt werden konnten, entdeckte die Polizei in Computern gewaltige Datensätze. Asservate, die einen ganzen LKW ausfüllen, sind noch auszuwerten. Walter Kemper: »Wir sind mit unseren Ermittlungen noch lange nicht am Ende.«

Polizei und Zivilgesellschaft bleiben auch wachsam, weil die Neonazis inzwischen die Partei »Die Rechte« gegründet haben und ihre gefährliche Ideologie unter dem Schutzschirm der Demokratie weiter ausbreiten wollen. Ist »Die Rechte« eine verborgene Ersatzorganisation für den NWDO? Das Innenministerium prüft das mit Sorgfalt – und deshalb ohne Zeitdruck. ///

Peter Bandermann

Fünf Lichtsensoren identifizieren die Raser

NRW-Polizei geht mit Hightech gegen zu schnelles Fahren vor

Mit Hightech verschärft die NRW-Polizei den Kampf gegen Raser. Ab sofort sind 48 moderne digitale Messgeräte einsatzbereit.

» Die neuen Geräte messen die Geschwindigkeit mit Lichtschranken. Dadurch sind sie vielseitiger als die bisher eingesetzten Radargeräte«, erklärte der nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger. »Die Polizei wird



Foto: Redaktion Streife

durch die neue Technik flexibler. Das ist Teil unserer Strategie für mehr Verkehrssicherheit.« Kern der neuen Anlage mit dem Namen »ESO 3.0« sind fünf nebeneinander angeordnete Lichtsensoren. Drei messen die Geschwindigkeit, zwei die Position des Fahrzeuges. Dadurch können die Polizisten

in Kurven und über vier Fahrstreifen hinweg messen, beispielsweise auf Autobahnen. Da die neuen Geräte mit mehreren Kameras gekoppelt werden, können jetzt auch die Kennzeichen von Motorradrasern fotografiert werden. // Redaktion Streife

Weniger Tote durch Raser in NRW Die Verkehrsstrategie des Landes zeigt erste Erfolge

Die Zahl der Verkehrstoten in NRW ist im Jahr 2012 um 17 Prozent gesunken. 528 Menschen starben, das sind 106 weniger als im Vorjahr. Allein 76 Menschen weniger starben durch die Unfallursache zu schnelles Fahren.

Die Zahl der durch Raser verursachten Verkehrstoten ging damit um 32 Prozent zurück. »Unsere Strategie gegen den Killer Nummer eins werden wir auch in Zukunft konsequent fortführen«, erklärte der nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger. Damit sei ein Tiefstand seit der Einführung der Verkehrsunfallstatistik vor 60 Jahren erreicht: »Aber wir können nicht zufrieden sein, wenn immer noch jede Woche zehn

Menschen auf unseren Straßen sterben.« Die Strategie »Brems Dich – rette Leben!« gegen zu schnelles Fahren müsse deshalb konsequent fortgesetzt werden. Auch das Fahrradfahren soll so sicher wie möglich gemacht werden.

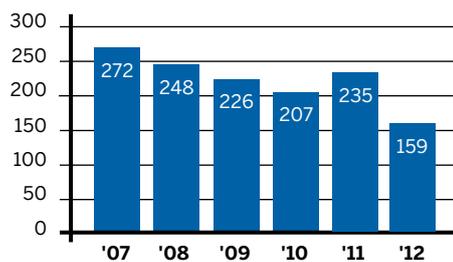
Brems Dich – rette Leben!

Seit dem vergangenen Jahr geht die nordrhein-westfälische Polizei gemeinsam mit den Kommunen gegen zu schnelles Fahren vor. Mit der Verkehrsstrategie »Brems Dich – rette Leben!« reagiert der Staat auf den dramatischen Anstieg der Zahl der Verkehrstoten um 15 Prozent im Jahr 2011. Dabei setzt das Land auf mehr Kontrollen. Die meisten der Messstellen werden aber vorher angekündigt. An bislang drei Terminen fanden so genannte Blitz-Marathons statt. An diesen Tagen wurde die Kontrolle der Höchstgeschwindigkeit in ganz NRW und teilweise auch in angrenzenden Regionen öffentlichkeitswirksam durchgeführt. Ralf Jäger: »Wir können zwar nicht exakt zuordnen, welchen Anteil die verstärkten Geschwindigkeitskontrollen an der Entwicklung der Unfallzahlen haben, aber die Diskussion um den Blitz-Marathon hat das Bewusstsein für die Gefahren zu schnellem Fahren gestärkt und damit zu mehr Sicherheit auf unseren Straßen beigetragen.«

Verkehrstote 1

Ursache Geschwindigkeit

Zeitraum 2007-2012



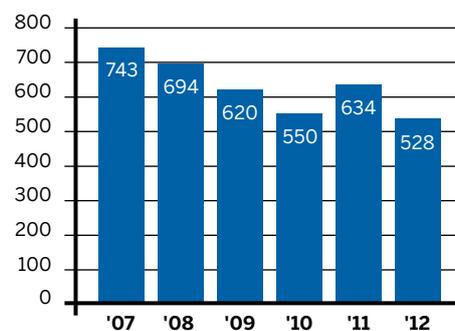
Radfahrer besser schützen

Die Zahl der Schwerverletzten sank um 1.168 auf 12.707 (minus 8,4 Prozent). Insgesamt verunglückten 75.374 Menschen, das sind 4,1 Prozent weniger als im Jahr davor. »Hinter den nüchternen Zahlen verbergen sich oft lebenslange Behinderungen und schwerste körperliche Einschränkungen. Das ist Ansporn, uns nicht auf dem Erreichten auszuruhen«, hob Jäger hervor. 576.553 Verkehrsunfälle ereigneten sich im Jahr 2012, das ist ein Minus von 0,4 Prozent.

Verkehrstote 2

Gesamtübersicht

Zeitraum 2007-2012

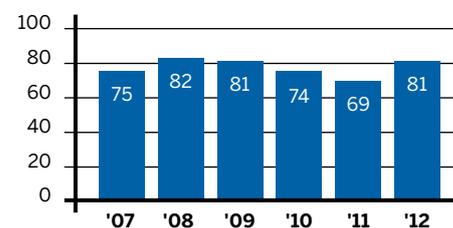


Aus der Unfallstatistik ergibt sich eine weitere Aufgabe für die Polizei des Landes: In einem ersten Arbeitsschritt werden die Unfallexperten analysieren, warum die Zahl der tödlichen Unfälle mit Fahrradfahrern um 17 Prozent gestiegen ist. Im zweiten Schritt soll dann ein sehr gezieltes Konzept aus Aufklärung, Vorbeugung und Kontrolle entwickelt werden, um die Radlerinnen und Radler besser zu schützen.

Verkehrstote 3

Getötete Radfahrer

Zeitraum 2007-2012



Großes Engagement gewürdigt

Der positive Trend bei den Schwerverletzten ist das Ergebnis des täglichen Engagements der Polizei und der Beschäftigten in den Kommunen: Sie arbeiten das ganze Jahr über rund um die Uhr und kontrollieren die Geschwindigkeit, damit weniger Menschen im Straßenverkehr sterben. So sieht es auch der NRW-Innenminister: »Diese Zahlen erreicht man nicht allein mit drei Blitzmarathons.« Ralf Jäger dankte ausdrücklich den Polizeibeamtinnen und -beamten sowie den Beschäftigten in den Kommunen: »Ihre tägliche Arbeit macht unsere Straßen sicherer und rettet Leben!« ///

Redaktion Streife

Helfer und Retter geehrt Zwei Polizisten erhielten die Lebensrettungsmedaille des Landes



Fotos (2): Staatskanzlei NRW

Insgesamt zeichnete die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft im Dezember vergangenen Jahres 25 Lebensretter mit der Rettungsmedaille des Landes aus.

Polizeihauptkommissar Axel Scheunemann aus Selm unterstützte Erkan Kaya und seine beiden Nefen Tuncay und Ali Kaya bei der Rettung Verletzter nach einem Unfall im Dezember 2011. Ein Kleinwagen war mit überhöhter Geschwindigkeit auf der regenassen Fahrbahn ins Schleudern geraten und in die Lippe gestürzt. Der junge Fahrer des verunglückten Autos trieb orientierungslos in der starken Strömung der Lippe, ein weiterer Jugendlicher und ein Mädchen hielten sich am Unfallauto fest. Erkan Kaya schwamm zu dem Fahrer und zog ihn ans Ufer. Seine Nefen warteten an der Böschung und hievten den Verunglückten aus dem Wasser. Dann half er den beiden anderen Unfallopfern. Die drei Retter schafften es noch, den Jugendlichen

über die Böschung nach oben zu ziehen, doch das inzwischen bewusstlose Mädchen wurde für Erkan Kaya zu schwer. Als Polizeihauptkommissar Axel Scheunemann an der Unfallstelle eintraf und sah, dass Erkan Kaya die junge Frau nicht mehr halten kann, sprang er sofort ins Wasser. Beide versuchten mit großer Mühe, das Mädchen über die rutschige Böschung in Sicherheit zu bringen, doch erst der Feuerwehr gelang es ein wenig später, mit einem Seil alle drei nach oben zu ziehen. Scheunemann habe bei dieser Aktion weit mehr geleistet als seine Pflicht als Polizeibeamter, betonte die Ministerpräsidentin,



Verunglückten aus der Ruhr geborgen

Im März 2012 beobachtete ein Spaziergänger an der Ruhr, wie ein älterer Mann am gegenüberliegenden Ufer versucht, auf einer Bank Platz zu nehmen. Der ältere Mann verlor dabei so unglücklich das Gleichgewicht, daß er in die Ruhr stürzte.

Als Polizeikommissar Marius Bednorz und Polizeikommissarin Andrea Wolski zur Unglücksstelle kamen, trieb der ältere Mann bereits rund 70 Meter vom Ufer entfernt mit dem Kopf unter Wasser im Fluss. Sofort sprang Marius Bednorz in die sieben Grad kalte Ruhr. Es gelang ihm, den Mann zu erreichen. Er griff ihn und schwamm mit ihm zurück zum Ufer. Mit Hilfe seiner Kollegin zog Marius Bednorz den Mann aus dem Wasser. Andrea Wolski suchte bei dem leblosen Mann, dessen Mund und Rachen voll Wasser gelaufen waren, vergeblich nach Atmung und Herzschlag. Er musste beatmet werden. Weil es zu lange gedauert hätte, eine Beatmungsmaske aus dem Streifenwagen zu holen, führte Andrea Wolski spontan eine ungeschützte Mund-zu-Mund-Beatmung durch – mit Erfolg! Als der Rettungsdienst eintraf, wurde der Mann vor Ort weiter stabilisiert und danach ins Krankenhaus transportiert.

Marius Bednorz erhielt die Rettungsmedaille und Andrea Wolski eine öffentliche Belobigung von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft. /// **Redaktion Streife**

Nur sieben Wochen Zeit Die besten Bachelor-Arbeiten 2012 wurden prämiert

Der zweite Bachelorjahrgang im Polizeivollzugsdienst ist abgeschlossen. Die besten sechs Thesis-Arbeiten wurden im Ministerium für Inneres und Kommunales (MIK) in Düsseldorf prämiert.

Die Zeit ist knapp bemessen. Gerade mal sieben Wochen bleiben den Studierenden, um ihre Abschlussarbeit, die sogenannte »Thesis«, zu erstellen. Sie steht am Ende der dreijährigen Regelstudienzeit, mit der die Kommissar-anwärterinnen und -anwärter sowie die Kommissarbewerberinnen und -bewerber ihr Studium an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung (FHÖV) NRW abschließen. Sie bildet zugleich den intellektuellen Höhepunkt und die größte wissenschaftliche Herausforderung des Studiums. Da heißt es für die Studierenden, ihre Arbeit zielgerichtet zu organisieren und sich auf ihr Thema zu konzentrieren.

1.280 erfolgreiche Studienabschlüsse

Im zweiten Bachelorjahrgang im Polizeivollzugsdienst nach seiner Einführung im Jahr 2008 haben etwa 1.280 Studierende (einschließlich der Aufstiegsbeamtinnen und -beamten) ihr Studium abgeschlossen. Aus den vorgelegten Bachelorarbeiten wählten Erstgutachterinnen und Erstgutachter dreißig Arbeiten aus und schlugen sie der Arbeitsgruppe »Thesis« unter Leitung des FHÖV-Vizepräsidenten Reinhard Mokros zur Prämierung vor. Die Arbeitsgruppe wählte schließlich sechs Arbeiten aufgrund ihrer überdurchschnittlichen Leistungen für die Auszeichnung im Ministerium aus.

Ein Gesetzentwurf gegen Korruption

Katja Demming (Polizeipräsidium Wuppertal) hat sich in ihrer Arbeit mit dem »Prinzip der Sozialadäquanz bei der Bestechung von Amtsträgern und Abgeordneten sowie im geschäftlichen Verkehr – Kritische Bestandsaufnahme und Analyse gesetzgeberischen Handlungsbedarfs« auseinandergesetzt. Die Autorin beschäftigt sich mit einem anspruchsvollen juristischen Thema. Katja Demming greift darin aktuelle Bezüge auf und beschäftigt sich besonders mit der strafrechtlichen Darstellung von drei ausgewählten Korruptionsstraftatbeständen. Vor dem Hintergrund praktischer Anwendungen wird nachgewiesen, dass es gesetzgeberischen Handelns bedarf. Den Abschluss der Arbeit bildet ein eigener Gesetzgebungsvorschlag.



Mehr Koordination für ein soziales Europa

Lena Fürchtenicht (Landeskriminalamt Düsseldorf) aus dem Studiengang Staatlicher Verwaltungsdienst hat sich speziell mit der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten in der Europäischen Union beschäftigt. Das Thema ihrer Arbeit lautet: »Die Offene Methode der Koordinierung als Steuerungsinstrument der Sozialpolitik in Europa«. Die Autorin erarbeitet zunächst die Grundzüge der europäischen Sozialpolitik und erläutert das Instrument der Offenen Methode der Koordinierung. Im Zentrum stehen dann die Auswirkungen auf die einzelnen Mitgliedstaaten sowie

die europäische Sozialpolitik. Der Autorin gelingt die Erarbeitung des Themenfelds auf der Basis einschlägiger Literatur und ein Überblick über die komplexe Thematik. Die Gutachter waren von der überdurchschnittlichen Leistung sehr angetan.



Freiwillig DNA spenden?

Laura Naumann (Polizeipräsidium Düsseldorf) beleuchtet in ihrer Thesearbeit rechtstheoretische, rechtsdogmatische und praktische Aspekte, wenn unverdächtige Personen zu einer DNA-Reihenuntersuchung gebeten werden. Der Titel ihrer Arbeit lautet »Freiwillig', relativ freiwillig' oder 'unfreiwillig freiwillig'? – Die Weigerung Unverdächtigter an einer DNA-Reihenuntersuchung teilzunehmen und etwaige nachteilige rechtliche und soziale Konsequenzen«.

Die Frage der Freiwilligkeit an einer Reihenuntersuchung mitzuwirken, wird aus unterschiedlichen Richtungen betrachtet. Der Blick geht von der Philosophie über unterschiedlichste Rechtsgebiete. Polizeilicher Druck wird von der Autorin kritisch gesehen. Dabei wird eine Vielzahl realer Ermittlungssituationen dargestellt. >

Die Autorin weist die Notwendigkeit einer Unterscheidung geschlossener und nicht geschlossener Reihenuntersuchungen nach. Sie entwickelt Konsequenzen für weitere Ermittlungsmaßnahmen gegen Verweigerer. Auf der Basis ihrer Erkenntnisse macht die Autorin abschließend einen Vorschlag für einen Runderlass.



Fotos (3): Redaktion Streife

Radfahrer und Alkohol

»Brauchen wir eine neue Promillegrenze für Radfahrer? Möglichkeiten der Absenkung des Grenzwertes der absoluten Fahrunsicherheit und der Einführung eines Ordnungswidrigkeitentatbestandes« lautet das Thema der Thesarbeit von Mirko Roeßink (Polizeipräsidium Köln). Der Autor beschäftigt sich darin mit einem aktuellen und noch wenig bearbeiteten Thema. Mit zusammengetragenen statistischen Angaben wird das Problem alkoholisierter Radfahrer herausgearbeitet, sowohl auf Bundesebene als auch beispielhaft an der Stadt Münster. Nach dieser Betrachtung werden die Rechtsfolgen einer solchen Fahrt aufgezeigt. Auf der Grundlage der gewonnenen Erkenntnisse begründet der Autor, warum eine Absenkung der Promillegrenze sowie die Einführung eines einschlägigen Tatbestandes als Ordnungswidrigkeit sinnvoll erscheinen.



Resozialisierung von Sexualstraftätern

Anna Kareen Stein (Kreispolizeibehörde Mettmann) hat sich in ihrer ausgezeichneten Arbeit mit dem Thema »Resozialisierung von Sexualstraftätern – KURS NRW« auseinandergesetzt. Die Autorin vergleicht in ihrer Arbeit Projekte in NRW, Niedersachsen und Bayern. Anna Kareen Stein kommt zu einem akzentuierten Ergebnis. Da ihre Thesis-Arbeit als »Verschlussache – Nur für den Dienstgebrauch« eingestuft ist, kann sie an dieser Stelle nicht näher vorgestellt werden.



Die Symbole der rechten Szene

»Die Verwendung von Symbolen und Kennzeichen in der rechten Szene« ist das Thema von Benjamin Thom (Polizeipräsidium Dortmund). Die Arbeit hat durchaus Bedeutung für die praktische Polizeiarbeit. Denn das Erkennen rechtsextremer Symbole und Kennzeichen sowie die Kenntnis über Verwendung und Bedeutung haben sich als wichtig erwiesen. Der Autor legt dar, dass schon im Dritten Reich Symbole und Kennzeichen zur Identifikation genutzt wurden. Damit legt er die historischen Grundlagen, um in einem weiteren Kapitel ihre Verwendung nach 1945 nachzuzeichnen. Gesondert geht er auf die neuesten Entwicklungen ein. Hervorzuheben ist, dass sich die Arbeit auch als Schulungsmaterial eignet.

Arbeiten mit Nutzen für die Praxis

An der Prämierung der sechs besten Arbeiten, die unter Leitung von Ministerialdirigent Joachim Werries (MIK) und Dr. Ludger Schrapper, dem Präsidenten der FHÖV NRW, stattfand, nahmen neben den Preisträgern und deren Begleitpersonen auch die jeweiligen Erstgutachterinnen und Erstgutachter teil, die in einer kleinen Laudatio die unter ihrer Betreuung erbrachten Leistungen ihrer Studierenden würdigten.

Im Anschluss an die Vorstellung der Preisträger und ihrer Arbeiten gab es eine allgemeine Frage- und Diskussionsrunde. Ludger Schrapper warf dafür die Frage auf, wie eine Arbeit zu schreiben sei, die preisgekrönt wird. Die ehemaligen Studierenden kamen zu dem Schluss, dass das Interesse und die Identifikation mit dem Thema der Bachelor-Thesis ein bedeutender Faktor für die erforderliche Leistungsbereitschaft sei.

In der Runde wurde auch das Potential einer Thesis-Arbeit als Fachbeitrag diskutiert. Tatsächlich werden die Erkenntnisse aus den Abschlussarbeiten bislang nur wenig genutzt. Ministerialdirigent Werries trat dafür ein, dass es sinnvoll ist, das MIK über fachlich gute Arbeiten zu informieren, da deren Ergebnisse als »wissenschaftliche Unterstützung sicherlich gut mit einzubeziehen« seien und vielleicht sogar als eine Dienstleistung für das Ministerium gesehen werden könnte. ///

Mirko Roeßink, PP Köln

In neuer Funktion



Foto: Redaktion Streife

Kriminaldirektor Klaus-Stephan Becker wurde am 17.12.2012 vom PP Köln zum LKA NRW versetzt. Gleichzeitig wurde ihm die Funktion des Leiters der Abteilung 2 – Staatsschutz – beim LKA NRW übertragen. Am 20.12.2012 wurde er zum Leitenden Kriminaldirektor (LKD) ernannt.

Kriminaldirektorin Helga Brockherde, Dezernatsleiterin 32 beim LKA NRW wurde am 20.12.2012 die Funktion der Leiterin Abteilung 5 – Kriminalwissenschaftliches und -technisches Institut (KTI) – beim LKA NRW übertragen. Gleichzeitig wurde sie zur LKDin ernannt.

Polizeidirektor Peter Sterner, Leiter Direktion GE beim PP Oberhausen, wurde am 20.12.2012 zum PP Münster versetzt und zum LKD ernannt. Dort wurde ihm die Funktion des Leiters der Direktion Kriminalität übertragen.

Kriminaldirektor Holger Haufmann wurde am 01.02.2013 vom PP Duisburg zum PP Recklinghausen versetzt. Gleichzeitig wurde ihm dort die Funktion des Leiters der Direktion Kriminalität übertragen. Am 04.02.2013 wurde er zum LKD ernannt.

Kriminaldirektor Frank Hoever wurde am 17.12.2012 vom LKA NRW zum PP Aachen versetzt. Ihm wurde die Funktion des Leiters der Direktion Kriminalität übertragen. Am 20.12.2012 wurde er zum LKD ernannt.

Da ist Musik drin! Professionell, vielseitig und modern: Das Landespolizeiiorchester Nordrhein-Westfalen



Foto: Gerd Romahn, LAFP NRW

Nationen und Generationen im LPO NRW vereint: Der Posaunist Safa Onur Özgüner (28 Jahre – 4. von rechts) neben dem Trompeter Jürgen Schmidt (64 Jahre)

Ein Orchester, acht Ensembles, 45 Vollblutmusiker: Da ist Musik drin! Professionell, vielseitig und modern zeigt sich das moderne Landespolizeiiorchester des Landes Nordrhein-Westfalen, das als besonderes »Instrument« für die polizeiliche Öffentlichkeitsarbeit beim Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP) NRW angesiedelt ist.

Mit seiner Arbeit soll das Landespolizeiiorchester (LPO) die Öffentlichkeitsarbeit der Polizei fördern. Außerdem steht es allen Ressorts und der Staatskanzlei als Repräsentationsorchester des Landes Nordrhein-Westfalen zur Verfügung. Eine weitere Aufgabe des LPO besteht darin, die Polizeibehörden bei der Erfüllung der Kernaufgaben durch spezielle Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen.

Musikalische Vielfalt

Das Spektrum der polizeilichen Öffentlichkeitsarbeit ist breit. Unterschiedliche Zielgruppen sollen angesprochen werden: Das Schulkind, das im Straßenverkehr potenziell gefährdet ist, ganze Familien beim »Tag der offenen Tür«, dem »Blaulichttag« oder dem »NRW-Tag«. Oder die Zielgruppe »Jugendliche«, die mit Blick auf die Personalwerbung für den Polizeiberuf interessiert werden soll. Aber die polizeiliche



Öffentlichkeitsarbeit wendet sich auch an Senioren, wie etwa bei Präventionsveranstaltungen, in denen ältere Menschen für Gefahren, Opfer krimineller Machenschaften zu werden oder für Gefahren im Straßenverkehr sensibilisiert werden sollen. Das LPO kann mit seinem vielfältigen Repertoire eine Brücke zu den unterschiedlichen Zielgruppen schlagen und fördert damit die Vermittlung der polizeilichen Anliegen.

Dazu stellt sich das LPO mit acht unterschiedlichen Besetzungen von klassisch bis modern auf:

- > Sinfonisches Blasorchester
- > Harmonie-Ensemble
- > Blechbläser-Quintett
- > Holzbläser-Quintett
- > Klarinetten-Ensemble
- > Big Band
- > Jazz-Rock-Pop-Ensemble
- > Kriminalorchester

Auch wenn sich hinter einem Blasorchester und einem Harmonie-Ensemble eher konservativ-klassische Kompositionen vermuten lassen, überraschen die Musiker häufig mit Titeln aus Film und Musical oder eigens arrangierten aktuellen Hits aus den Charts. >

SCOTT LAWTON

DIRIGENT UND MUSIKALISCHER LEITER DES ORCHESTERS

geboren 1960 in New Castle/Pennsylvania (USA), ist seit 2005 Dirigent des LPO NRW. Nach seinem Studium am Oberlin College und an der University of Cincinnati war er als Kapellmeister in Bielefeld und Saarbrücken tätig. Seit 1999 dirigiert er auch das Deutsche Filmorchester Babelsberg, zuletzt anlässlich der José-Carreras-Gala 2012 in Leipzig.



Saxophonsatz der Big-Band



Foto: Jaroslav Sokirko, LPO NRW

Das Jazz-Rock-Pop-Ensemble mit Sängerin Soleil Niklasson

Das umfangreiche Repertoire der Big Band, des Jazz-Rock-Pop-Ensembles und des Kriminalorchesters des LPO beinhaltet Titel aus den Genres Soul-, Funk-, Swing- und Weltmusik. Anspruchsvolle und aktuelle Highlights aus Musical und Populärmusik sowie spannende Kompositionen aus Kriminalfilmen ergänzen das Programm.

Diversität

Das LPO hatte im zurückliegenden Jahr mehr als 200 Auftritte. Sie wurden von den 45 Profimusikerinnen und -musikern im Alter von 28 bis 64 Jahren und den zwei musikalischen Leitern bestritten, die ausnahmslos über einen Musikhochschulabschluss verfügen. Im LPO sind viele Musiker unterschiedlicher Herkunft und Alter vereint. Es bildet einen bunten Querschnitt der Nationen: Aus Amerika bis Asien, aus West- bis Osteuropa stammen die Musikerinnen und Musiker überwiegend deutscher Staatsangehörigkeit aus acht verschiedenen Nationen.

Musik in Polizei, Gesellschaft und Kultur

Einen besonderen Schwerpunkt der polizeilichen Öffentlichkeitsarbeit bilden die mehrtägigen Workshops mit öffentlichem Abschlusskonzert an Schulen. Auf diese Weise konnte im zurückliegenden Jahr 21 Mal mit Hilfe der Musik die oftmals angespannte Begegnung zwischen der Polizei und Jugendlichen überwunden und eine positive Verbindung zur Polizei hergestellt werden.

Darüber hinaus werden unter der Schirmherrschaft von Behördenleiterinnen und Behördenleitern unter Einbindung der Dienststellen für Presse-/Öffentlichkeitsarbeit und Prävention Konzerte aller Stilrichtungen von Open Air- bis hin zu Kirchenkonzerten veranstaltet, deren Erlös ausschließlich wohltätigen Zwecken zugeführt wird.

Einen hohen Stellenwert genießen auch die jährlich wiederkehrenden Repräsentationsveranstaltungen der Landesregierung anlässlich von Gedenktagen oder Auszeichnungen herausragender Leistungen aus den Bereichen Gesellschaft und Sport (z. B. Volkstrauertag, Landespreis Innere Sicherheit und Sportlerehrung).

Die Verbindung zwischen Polizei und Kultur wird auch dort hergestellt, wo Verbrechen gesellschaftsfähig wird. Die Big Band und das Jazz-Rock-Pop-Ensemble des LPO begleiten seit Jahren Europas größtes internationales Krimifestival »Mord am Hellweg« sowie die Krimilesungen einiger Polizeipräsiden im Lande.

Einfach mal Kontakt aufnehmen...

Gemanagt wird das LPO seit Juni 2012 von einem neuen Führungsteam, den einzigen beiden Polizeibeamten im LPO! Sie möchten alle Polizeibehörden des Landes ermuntern, sich an das LPO zu wenden, wenn der Wunsch nach musikalischer Begleitung oder Mitwirkung des LPO bei entsprechenden Behördenanlässen besteht, sei es per E-Mail oder telefonisch. Auch wenn nicht sofort jeder Wunsch erfüllt werden kann, so bieten sich vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt Gelegenheiten für einen musikalischen Einsatz des LPO in der Behörde.

Weitere Informationen zum LPO NRW finden Sie demnächst im Intranet. ///

Wilhelm Engel und Udo Fink, LAFP NRW

➔ So erreichen Sie uns:
Leitung, Management

und Orchesterbüro

Wilhelm Engel:

Tel. 0202/284-8940,

CNPoI 07-245-8940,

Udo Fink:

Tel. 0202/284-8941,

CNPoI 07-245-8941

E-Mail:

LandespolizeiOrchester@polizei.nrw.de



HANS STEINMEIER

**DIRIGENT UND MUSIKALISCHER LEITER
DER BIG BAND**

geboren 1969 in Herne, erwarb Diplom als Gitarrist und als Komponist an der Folkwang Hochschule Essen, war zweifach Stipendiat des Berklee College of Music in Boston und erhielt 2000 den Dortmunder Kulturförderpreis. Er erhielt Lehraufträge an der Carl-von-Ossietzky Universität Oldenburg, der Musikhochschule Köln, der Folkwang-Hochschule Essen sowie eine Dozentur an der Glen-Buschmann-Jazzakademie Dortmund.

Wir werden bunter und vielfältiger Auf dem Weg zu einer interkulturellen Organisation

Foto: Jakob Studnar



Zum sechsten Mal trafen sich in Münster Polizeibeamtinnen und -beamte zum »Tag der Kulturen«, um über die kulturelle Vielfalt in ihrer eigenen Organisation zu diskutieren.

Das Motto der Veranstaltung brachte das Ziel und zugleich die Herausforderung auf den Punkt: »Kulturelle Vielfalt leben«. Denn die Polizei in Nordrhein-Westfalen ist auf dem besten Wege, eine interkulturelle Organisation zu werden. In Deutschland steigt die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund stetig – und das gilt auch für den Anteil von Polizistinnen und Polizisten mit Migrationshintergrund.

Dass diese Entwicklung nicht ohne Brüche und Hindernisse verläuft, machten einmal mehr die Vorträge und Diskussionen auf dem »Tag der Kulturen« deutlich, der vom Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei NRW (LAFP NRW) im Bildungszentrum »Carl Severing« ausgerichtet wurde.

Er ist seit Jahren fester Bestandteil der landesweiten Fortbildung der Polizei NRW. Rund 150 Führungskräfte und Polizistinnen und Polizisten mit Migrationshintergrund waren gekommen, um Anregungen aus den Vorträgen mitzunehmen und über eigene Erfahrungen zu sprechen.

Interkulturelle Bereicherung

In seiner Eröffnung umriss Dieter Schmidt, Direktor des LAFP NRW das aktuelle Spannungsfeld und machte deutlich, dass man die Zeichen des gesellschaftlichen Wandels auch innerhalb der Polizei, von den Neueinstellungen bis hin zur Aus- und Fortbildung, aufgreifen müsse. Dabei spiele gleichzeitig der demografische Wandel eine bedeutende Rolle. »Wir werden weniger – wir werden bunter und vielfältiger«, erklärte Schmidt und gab unmissverständlich die Richtung vor: »Wir wollen und wir brauchen Migrantinnen und Migranten bei der Polizei.«

Seit dem Jahr 2010 liegen die Einstellungszahlen von Polizeibeamten mit Migrationshintergrund im zweistelligen Bereich. »Diese Kolleginnen und Kollegen sind eine Bereicherung für die Polizei NRW«, erklärte Kriminalhauptkommissar Wilhelm Stratmann, Lehrender der Interkulturellen Fortbildungsseminare beim LAFP NRW in Münster und einer der Organisatoren des »Tag der Kulturen«. »Die Kenntnisse, Kompetenzen und Fähigkeiten dieser Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter helfen mit, die Einsatzbewältigung zu optimieren und somit unserer Aufgabe, insbesondere eine rechtsstaatliche, professionelle und bürgerorientierte Polizei für die Bürgerinnen und Bürger zu sein, in adäquater zeitgemäßer Weise Rechnung zu tragen.« >



Es gibt noch viel zu tun

Ganz so euphorisch und positiv mochte Prof. Dr. Wolf Rainer Leenen von der Fachhochschule Köln, der erste Referent der Tagung, die aktuelle Entwicklung allerdings nicht sehen. Er berichtete von seinen Forschungen und legte erste Ergebnisse aus dem Projekt »Interkulturelle Qualifizierung und Förderung kultureller Diversität in der Polizei NRW« vor und machte deutlich, dass die tatsächlichen Einstellungszahlen und die vorhersagbare gesellschaftliche Entwicklung noch krass auseinander laufen. Daher gelte es, noch größere Anstrengungen zu unternehmen, um den Nachholbedarf zu decken und mit dem Wandel Schritt zu halten. Denn während die Zahl der Menschen, die in NRW einen Migrationshintergrund haben, rasant steigt, liege der Anteil von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im öffentlichen Dienst bundesweit gerade mal bei 9,9 Prozent und bei der Polizei bei nur 1,5 Prozent. »Es gibt also noch einiges zu tun«, mahnte Leenen an. »Es reicht nicht, dass derzeit kaum mehr als 10,2 Prozent der Anwärterinnen und Anwärter in NRW einen Migrationshintergrund haben.« Parallel gelte es beim Personalmarketing für eine höhere Attraktivität zu sorgen, im Auswahlverfahren kulturelle Vielfalt als ein Kriterium zu definieren und sich insgesamt für eine größere Kulturfairness innerhalb der Organisation einzusetzen.

Wachsende Normalität

Dass die interkulturelle Vielfalt in der Polizei NRW erkennbar größer geworden ist, konnten sechs junge Kolleginnen und Kollegen mit eigenen Erfahrungen und Erlebnissen unterstreichen. Alper Yesilyurt, Kriminalkommissar in Bielefeld, Deniza Iordanova, Polizeikommissarin in Dortmund, Alexander Diel, Polizeikommissar in Köln, Deren Berk, Polizeikommissarin in Köln, Antonio Bezuh, Polizeioberkommissar in Aachen und Nadine Hager, Polizeikommissarin in Bielefeld, zeichneten ein Bild, das von wachsender Normalität zeugt. Sie machten aber auch deutlich, dass es punktuell immer noch an Respekt und Akzeptanz mangle. Sie alle hätten im Verlauf ihres bisherigen Berufslebens noch mit mehr oder weniger Vorurteilen und Ablehnung zu kämpfen gehabt.

Positive Veränderungen lassen sich auf mehreren Ebenen feststellen. Auch das unterstrichen die spannenden Vorträge und Impulse auf dem »Tag der Kulturen«. Dazu gehören nicht zuletzt neue Inhalte und neue Lehrformen der interkulturellen Ausbildung, wie sie an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung

(FHöV) NRW im Studiengang Polizeivollzugsdienst umgesetzt werden. Ute Gintzel, die Landeskoordinatorin für interkulturelle Kompetenz der FHöV NRW, berichtete mit anschaulichen Beispielen von ihren Erfahrungen aus dem Bachelor-Studiengang.

Der Blick über die Grenzen von NRW

Der »Tag der Kulturen 2012« bot wie in den vergangenen Jahren auch einen ebenso interessanten wie inspirierenden Blick über den Tellerrand. So referierte Kriminalhauptkommissar Necati Benli als Vertreter des Arbeitskreises »Sicherheit für Alle« über die Anstrengungen des Hessischen Landeskriminalamtes, das Thema Migration und den Umgang mit Migrantinnen und Migranten in ihre Arbeit zu integrieren. Er berichtete über die Kooperation und Partizipation von Religionsgemeinschaften und Migrantenorganisationen in der polizeilichen Prävention in Hessen.

Erfahrungen im Umgang mit Minderheiten in der Tschechischen Polizei am Beispiel der Roma – darüber sprach Gabriela Romankova aus dem Innenministerium der Tschechischen Republik. Über Erfahrungen im Umgang mit Minderheiten in der Niederländischen Polizei am Beispiel der Marokkaner berichteten Joop Siemers und sein Kollege Ahmed Marouan aus den Niederlanden.

Der »Tag der Kulturen 2012« bot dank der hervorragenden Vorbereitung und der professionellen Moderation durch die Kolleginnen und Kollegen des Teildezernates »Interkulturelle Kompetenz« beim LAFP NRW einen breiten Überblick über die interkulturelle Arbeit bei der Polizei und lieferte damit viel Stoff für angeregte Diskussionen. ///

Redaktion Streife



Fotos(2): Knut Zeisel

No limits – Wie schaffe ich meinen Weg

Tagung »Behördliches Gesundheitsmanagement der Polizei Nordrhein-Westfalen«



Foto: LKA NRW

Zahlreiche Behördenleiterinnen und Behördenleiter nahmen im Dezember 2012 an einer Tagung zum Thema »Behördliches Gesundheitsmanagement der Polizei (BGMPol)« teil.

Staatssekretär Dr. Hans-Ulrich Krüger begrüßte die Anwesenden und stellte die Bedeutung und Wichtigkeit der Thematik BGMPol für die Landesregierung und insbesondere für die Polizei NRW heraus.

Im Anschluss sprachen Uwe Reichel-Offermann, der stellvertretende Abteilungsleiter der Polizei des Landes NRW, und Regine Babenhauserheide, die zuständige Referentin für den Bereich des BGMPol aus dem Ministerium für Inneres und Kommunales NRW (MIK NRW), über den aktuellen Sachstand im Bereich des BGMPol sowie die weiteren Planungen für 2013.

Professor Juhani Ilmarinen vom finnischen Institut für Arbeitsmedizin in Helsinki hielt am Vormittag den zentralen fachlichen Vortrag. Der renommierte Wissenschaftler referierte über die Situation

älterer Beschäftigter zwischen 55 und 64 Jahren innerhalb Europas und beschrieb aus wissenschaftlicher Sicht die Erwartungen an das Führungsverhalten während des Arbeitslebenslaufes. Er stellte sein Modell, das »Haus der Arbeitsfähigkeit« vor, das Anregung und Anleitung für ein gesundes Arbeitsleben sein soll. Ein besonderes Augenmerk legte Juhani Ilmarinen auf die Ermittlung des Work Ability Index (WAI). Sieben Fragen, die von den Beschäftigten mit Punktwertung beantwortet werden, ermöglichen im Rahmen einer Auswertung die Einstufung der Arbeitsfähigkeit und geben Ziele von zu ergreifenden Maßnahmen vor.

In der Mittagspause tauschten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an verschiedenen Themeninseln im Foyer des Landeskriminalamtes (LKA) aus. Rege wurde hier über Themen wie die Beratungsangebote des LAFP NRW, die Jahresgespräche und das »Haus der Arbeitsfähigkeit« diskutiert. Hier präsentierten sich auch die Landesunfallkasse, der Landessportbund und die Bogensportgruppe des LKA.

Nach der Mittagspause wurden den Tagungsbesucherinnen und -besuchern verschiedene Workshops zu Behördenprojekten in den einzelnen Handlungsfeldern des BGMPol angeboten:

- > PP Aachen: Schichtdienstmodelle der Arbeitszeitverordnung der Polizei (AZVOPol)
- > PP Bochum: Führungskräfte training
- > KPB Borken: Wissensmanagement
- > PP Krefeld: Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- > KPB Oberbergischer-Kreis: Arbeitsbelastungsprofile

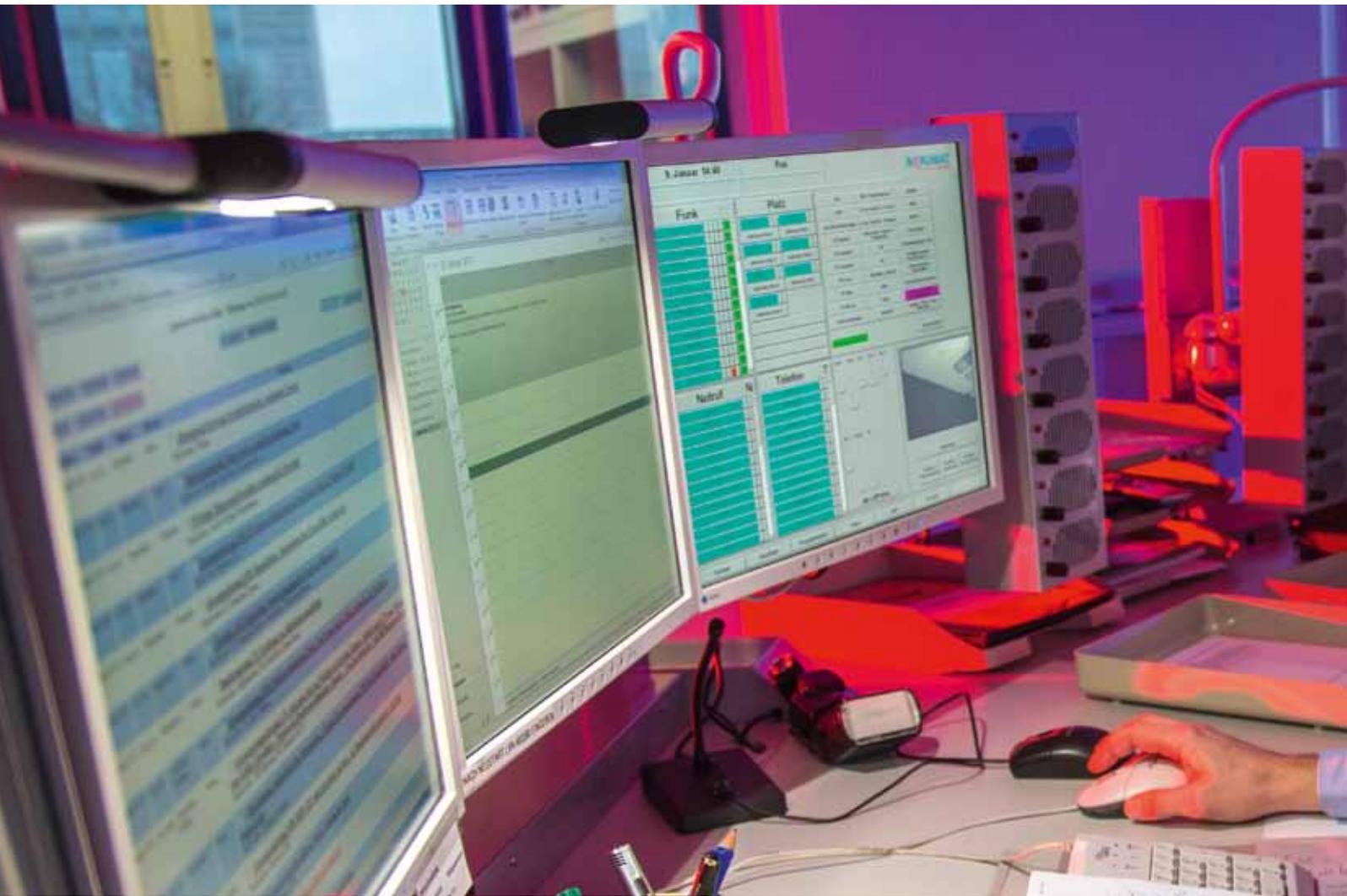
Anschließend moderierte Thomas Funke vom Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP) den nächsten Veranstaltungspunkt an: Der Ausdauer- und Extremsportler sowie Musiker Joey Kelly präsentierte seinen Vortrag »No limits – Wie schaffe ich meinen Weg«.

Selbstironisch und witzig, aber stets mit klarer Botschaft, plädierte er am Beispiel seines eigenen Lebens dafür, sich mit Leistungswillen und dem Glauben an eigene Fähigkeiten durchs Leben zu bewegen und so ein zufriedener, ausgeglichener und leistungsstarker Mensch zu sein.

Nach diesem von den Zuhörenden begeistert aufgenommenen Vortrag stellten die jeweiligen Projektleiterinnen und Projektleiter der Workshops die Ergebnisse der Diskussionen in den Workshops vor. Zu allen Projekten konnten neue Erkenntnisse gewonnen werden, die nun in die weitere Projektarbeit einfließen werden.

Sowohl der Vortrag von Professor Ilmarinen als auch die Berichte aus den Behördenprojekten können im Intrapol auf der Seite »Gesundheitsmanagement« im ZA-Portal abgerufen werden. ///

Andreas Jänke, LAFP NRW



Schnittstelle zwischen Polizei und Innenministerium Das Lagezentrum der Landesregierung

Seit 2011 trägt das frühere »Lagezentrum der Polizei« die Bezeichnung »Lagezentrum der Landesregierung« im Ministerium für Inneres und Kommunales (MIK). Im Polizeifunkverkehr lautet der Rufname des Lagezentrums seit jeher »Condor«.

» Hier spricht Condor, halten Sie Funkdisziplin!« Dieser Funkspruch ist sicherlich vielen älteren Polizeibeamtinnen und -beamten in Nordrhein-Westfalen gut bekannt. Doch die Wenigsten wissen um die vielfältigen Arbeitsaufgaben, die in diesem Lagezentrum bewältigt

werden. Polizeihauptkommissar Thorsten Schwetke arbeitet dort seit 2009. Zuvor war er in der Kreispolizeibehörde des Ennepe-Ruhr-Kreises im Wachdienst tätig. »Das Lagezentrum hat im wesentlichen eine rein strategische Ausrichtung«, erläutert er. »Es bildet die Schnittstelle zwischen der Polizei des Landes und der Landesregierung.«

Kernaufgaben

Über die verschiedensten Kommunikationswege verzeichnet das Lagezentrum durchschnittlich mehr als 100 Eingänge

am Tag. Darunter befinden sich auch alle Meldungen wichtiger Ereignisse, die sogenannten »WE«-Meldungen der Polizeibehörden des Landes. Wichtige und damit meldepflichtige Ereignisse sind Sachverhalte, die

- > in der Öffentlichkeit Aufsehen oder Beunruhigung verursachen können,
- > in den Medien zu besonderer Erörterung führen,
- > die öffentliche Sicherheit erheblich beeinträchtigen,
- > einen politischen Bezug aufweisen oder
- > eine dienstrechtliche Bedeutung haben.



Foto: Jochen Tack

»WE-Meldungen sind zum Beispiel alle herausragenden Einsatzlagen, Unglücks- oder Schadensfälle, schwere Verkehrsunfälle, Demonstrationen, Staatsbesuche und vieles andere mehr«, berichtet Thorsten Schwetke.

Alle Eingänge werden durch die Beamtinnen und Beamten des Lagedienstes fachlich und insbesondere auf ihre Relevanz aus Sicht des Ministeriums für Inneres und Kommunales bewertet. Diese Bewertung stellt die Grundlage für die weitere Steuerung des Vorgangs und die gegebenenfalls damit verbundene Information anderer Stellen dar. Von zentraler Bedeutung ist dabei die laufende Information des Innenministers, der Staatskanzlei und damit verbunden der Ministerpräsidentin oder anderer Ressorts der Landesregierung.

Über seine Kommunikationszentrale wickelt das Lagezentrum außerdem den

elektronischen Post- und Telefaxverkehr der Abteilung 4 (Polizei) des MIK mit den Polizeibehörden des Landes, anderen Ressorts der Landesregierung sowie mit anderen Ländern und dem Bund ab. Die Kommunikationszentrale ist zugleich auch Kryptobetriebsstelle.

Besondere Aufgaben

Über die originären Aufgaben erfüllt das Lagezentrum der Landesregierung weitere besondere Aufgaben. Thorsten Schwetke: »Das Lagezentrum erstellt bei herausragenden Lagen eine Lagedokumentation, und das nicht nur bei herausragenden polizeilichen Einsatzlagen. Denn wir sind über den Polizeibereich hinaus auch der Meldekopf für die Gefahrenabwehr beim Bevölkerung- und Feuerschutz. Wir können die Bevölkerung jederzeit über Rundfunk, Fernsehen und über spezielle Systeme vor

Gefahren warnen oder dringende Mitteilungen in Zusammenhang mit der Lebensmittelüberwachung oder dem Infektionsschutzgesetz übermitteln.«

Auch bei der Abwicklung von Nuklear-, Munitions- und Werttransporten wirkt das Lagezentrum mit. Darüber hinaus gehören die Koordinierung von Hubschrauberflügen bei Mitflügen von Kabinettsmitgliedern, die Weiterleitung von Informationen zu Störfällen in kerntechnischen Einrichtungen sowie die Alarmierung des Krisenstabes des Landes bei Großschadensereignissen zu seinen Aufgaben.

Die Beobachtung der Nachrichtenlage

Das Lagezentrum der Landesregierung hat weiterhin immer ein waches Ohr an der aktuellen Presseberichterstattung: »Wir werten hier laufend die Meldungen der Nachrichtenagentur dpa und >



der wichtigen Print- und Online-Medien nach polizeilich relevanten Berichten aus Spiegel, Focus und Co. werden hier sorgfältig durchgesehen. Außerdem zeichnen wir durchgängig eine Auswahl an Fernsehsendern auf», berichtet Thorsten Schwetke. Er mag gerade die Vielfältigkeit der Arbeit im Lagezentrum: »Die Aufgaben sind interessant und abwechslungsreich. Neben den turnusgemäßen Arbeiten muss man sich auch immer auf Neues einstellen. Dabei liegt das Augenmerk des Lagezentrums auf dem gesamten Land Nordrhein-Westfalen und nicht selten über Landes- und Bundesgrenzen hinaus.«

Die Anbindung an den Funk der nordrhein-westfälischen Polizei, so sein Resümee, ist eine wichtige, allerdings bei Weitem nicht die einzige Funktion des Lagezentrums der Landesregierung. ///

Redaktion Streife

ORGANISATORISCHE ANBINDUNG DES LAGEZENTRUMS

EBENE 1:

Ministerium für Inneres und Kommunales (MIK)

EBENE 2:

Abteilung 4 Polizei

EBENE 3:

Referat 413 Einsatz der Polizei

EBENE 4:

Lagezentrum (Referatsleiter: Einsatzreferent LPD Bernd Heinen)

DIE AUFGABENVERTEILUNG ZWISCHEN DEN LEITSTELLEN

Im Gegensatz zum Lagezentrum der Landesregierung befassen sich die Landesleitstelle und die Leitstellen der Kreispolizeibehörden mit anderen Aufgaben:

- > Aufgaben der Landesleitstelle: einsatztaktische Ausrichtung, Kräftekoordinierung, funk- und technische Unterstützung der Polizeibehörden, Erstellung von Lagebildern
- > Aufgaben der Leitstellen der Kreispolizeibehörden: örtliche einsatztaktische Ausrichtung, Notrufannahme, Einsatzkoordinierung für die eigene Behörde usw.



Foto: Halle Münsterland

IPOMEX[®]

■ 6th international
police meeting
 and exhibition ■

Austausch über Sicherheit auf höchstem Niveau Sechste Internationale Polizei- fachmesse IPOMEX

Die IPOMEX findet vom 16. bis 18. April 2013 in Münster statt. Mehr als 130 Aussteller stellen dabei schon heute vor, womit Polizei, Rettungsdienste, Feuerwehren und Katastrophenschutz morgen arbeiten. Eine Tagung widmet sich dem Thema »Kritische Infrastruktur«.

Sie ist inzwischen unbestritten die führende Polizeifachmesse im Lande: Die Internationale Polizeifachmesse und -konferenz in Münster. Die IPOMEX hat sich in den vergangenen zehn Jahren kontinuierlich weiterentwickelt. Die Veranstalter haben dabei stets brandaktuelle Themen und Fragestellungen aufgegriffen sowie jeweils aktuelle Schwerpunkte gesetzt. Der Blick ist darüber hinaus auch zu den europäischen Nachbarn

gerichtet. Der Kreis der Adressaten wurde ständig vergrößert. Denn Sicherheit ist nur in enger Kooperation und Abstimmung verschiedener Behörden und Organisationen herzustellen.

Polizeiarbeit und Gefahrenabwehr

Die sechste IPOMEX im Messe und Congress Centrum Münster bringt alle Behörden und Organisationen zusammen, die sich mit dem Thema Sicherheit beschäftigen, und thematisiert übergreifende Problemstellungen und Herausforderungen. Erwartet werden Hersteller und Anbieter von Produkten und Dienstleistungen für polizeiliche Anwendungen, den Katastrophenschutz und die Gefahrenabwehr. Dienstleister für Behörden stellen sich ebenso vor wie Ämter, Dienststellen und Ausbildungseinrichtungen sowie Verbände, Organisationen und Fachverlage.

Die hochkarätig besetzte Veranstaltung steht unter der Schirmherrschaft des Innenministers in Nordrhein-Westfalen. Naheliegender, dass NRW-Innenminister Ralf Jäger am zweiten Tag die IPOMEX in Münster besuchen und sich am Austausch beteiligen wird.

Ein wichtiger Aspekt der Messe ist die Ausrüstung der Beamtinnen und Beamten mit Schutzkleidung, denn die zunehmende Gewalt gegen Polizisten lässt selbst scheinbare Routineeinsätze immer häufiger eskalieren. Breiten Raum nimmt die Kommunikationstechnik ein: Dazu zählt der Digitalfunk ebenso wie Führungs- und Einsatzinformationssysteme. Neuheiten aus den Bereichen Verkehrsüberwachung, Beobachtungstechnik und Kriminaltechnik werden ausgestellt und können vor Ort getestet werden. >



Foto: Halle Münsterland

DIE IPOMEX KOMPAKT

Die IPOMEX wendet sich am 16. und 17. April ausschließlich an Fachbesucher mit dem Schwerpunkt polizeiliche Gefahrenabwehr und Behörden mit Polizeiaufgaben. Am 18. April öffnet sich die Veranstaltung zudem für Unternehmen, zum Beispiel aus dem Bereich Sicherheitsdienstleistungen und Werksschutz.

Starke Beteiligung der DHPOL

Die Messe und die Konferenz haben sich als Treffpunkt für Meinungsmacher und Entscheidungsträger aus dem In- und Ausland etabliert. Mehr als 3.000 Fachbesucher nutzen die Ausstellung, die Fachforen und die Workshops zum Erfahrungsaustausch zu aktuellen Fragen der Sicherheit und Sicherheitstechnik. Die Fachbesucherinnen und Fachbesucher erwarten ein umfangreiches und attraktiv besetztes Rahmenprogramm mit Podiumsdiskussionen und Vorträgen.

Neu ist in diesem Jahr eine starke Beteiligung der in Münster ansässigen Deutschen Hochschule der Polizei (DHPOL). Sie beteiligt sich mit hochkarätig besetzten Foren und Symposien am umfangreichen Programm der IPOMEX. Einige Veranstaltungen richten sich speziell an Studierende der DHPOL. Dort werden neueste Techniken und Strategien vorgestellt und auf wissenschaftlichem Niveau diskutiert. Zum Programm gehören unter anderem eine Konferenz des Polizeitechnischen Instituts (PTI) zum Thema »Can-Bus-Systeme« sowie ein mehrstündiges Symposium zum Thema »Strategie und Taktik bei der Bewältigung von Einsatzlagen«.

Polizei NRW mit vielen Behörden vor Ort

Es hat bereits Tradition: Die Polizei NRW beteiligt sich mit einem eigenen Messestand an der Veranstaltung, in dessen Mittelpunkt wie gehabt der Eventtruck des Landesamts für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP) NRW mit seiner Bühne steht. Das LAFP NRW, das Landeskriminalamt (LKA) NRW, das Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD) NRW und das Polizeipräsidium (PP) Münster sind an allen drei Tagen zu Beratungen, verschiedenen Vorführungen und Präsentationen präsent. Hier sind direkte Aussprachen und Gespräche ausdrücklich erwünscht.

Unter dem Leitthema »Einsatz der Polizei im täglichen Dienst« wird ein ebenso interessantes wie spannendes Programm geboten. Vorgestellt werden Besonderheiten und echte Highlights aus den Themenbereichen »Behördliches Gesundheitsmanagement«, »Einsatz/ET NRW«, »Ausstattung der Polizei«, »Neue Technik im täglichen Dienst« und »Neue IT-Technik/Softwareanwendungen«.

Thema Gesundheitsmanagement

Die Umsetzung des Behördlichen Gesundheitsmanagements bei der Polizei wird unter den Stichworten »Stressmanagement«, »Stress im Kontext zu gesundheitsförderndem Führungsverhalten«, »Gesund und fit älter werden« sowie der »Vereinbarkeit von Beruf und Familie« vorgestellt. Um die Messebesucherinnen und Messebesucher aktiv einzubeziehen, werden ein Alterssimulationsanzug und ein Bioimpedanzanalysegerät eingesetzt, das die Wasser-, Muskel- und Fettanteile im Körper analysiert.

Die Präsentationen werden durch Vorträge ergänzt. Als Themen sind dafür etwa »Alternative Schichtdienstmodelle«, »Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie«, »Gesund und fit älter werden aus sportmedizinischer Sicht«, »Gesund und fit älter werden aus Sicht der Ernährungsberatung« und »Burn-out-Prophylaxe« vorbereitet.

In einem weiteren Teilbereich des Messestandes wird das Thema Einsatz/ET NRW mit verschiedenen Schwerpunkten vorgestellt. So wird es etwa moderierte Vorführungen des Einsatzmehrzweckstocks EMS-A geben, beispielsweise bei einer Choreographie mit gezogenen Eingriffsschlägen,

»Die sechste IPOMEX im Messe und Congress Centrum Münster bringt alle Behörden und Organisationen zusammen, die sich mit dem Thema Sicherheit beschäftigen und thematisiert übergreifende Problemstellungen und Herausforderungen.«

INTERAKTIVE ERLEBNISWELTEN SIND MESSENEUHEIT

Erstmalig organisiert die Halle Münsterland während der IPOMEX 2013 mehrere hundert Quadratmeter große interaktive Erlebniswelten zu den Themen »Neue Medien im Einsatz«, »Ausstattung für den Einsatz im täglichen Dienst«, »Verkehr und Verkehrsunfallaufnahme« und »Gesundheitsmanagement«. Dabei geht es vor allem darum, technische Neuheiten und aktuelle Maßnahmen anhand von konkreten Beispielen vorzustellen und sie im praktischen Einsatz zu zeigen. Die Besucher sollen alles anfassen, in Aktion ausprobieren und Rückmeldungen für Problemlösungen geben.

In der interaktiven Erlebniswelt Neue Medien erfahren die Besucher z. B. neue oder noch nicht verbreitete Produkte aus dem Bereich moderner mobiler

Kommunikationshilfen, etwa von Tablet-PCs, Smartphones, aber auch durch Soft- und Hardwarelösungen für den BOS Tetra Digitalfunk etc.

In der interaktiven Erlebniswelt »Betriebliches Gesundheitsmanagement« werden neue oder noch nicht bekannte Möglichkeiten gezeigt, um sich im Arbeitsprozess dauerhaft fit zu halten. Darunter fallen Angebote zur ergonomischen Arbeitsplatzgestaltung ebenso wie Bewegungsprogramme, Massagen und Entspannungstechniken bis hin zu Schrittzählern, Blutdruckmessgeräten und Waagen.

Konkrete Informationen zu den verschiedenen Erlebniswelten werden in Kürze in den Internet- und Intranet-Angeboten der Polizei NRW veröffentlicht.

Abwehrbewegungen (Blöcke) mit anschließendem Transport und darüber hinaus eine »Blackman-Sequenz« als Beispiel für die Umsetzung im Einsatztraining NRW.

Ein Infostand soll die Darstellung zum Einsatztraining komplettieren. Dabei wird beispielsweise das Berufsbild eines Einsatztrainers vorgestellt.

Auf großes Interesse wird voraussichtlich auch das Thema Diensthunde stoßen. In diesem Bereich werden Zucht und

Ankauf vorgestellt und es wird Vorführungen geben, bei denen gezeigt wird, wie ein heranwachsender Hund auf den Einsatz als Diensthund vorbereitet und trainiert wird. Unter anderem wird dabei gezeigt, wie die Spürfähigkeit und der Beute- und Wehrtrieb solcher Hunde gezielt gefördert und weiterentwickelt werden.

Auch die neuen und in Bau befindlichen Regionalen Trainingszentren (RTZ) werden am Stand vorgestellt.

Das LZPD NRW wird in einem eigenen Bereich auf die Personenausstattung eingehen und dabei auf Stellwänden die Qualitätssicherung bei Einsatzmitteln, insbesondere von Schutzwesten vorstellen.

Auch das LKA NRW ist am NRW-Stand vertreten und wird die aktuelle Technik zur Tatortvermessung vorstellen. Im Mittelpunkt steht dabei der Einsatz einer Sphäronkamera. >

Die Anmeldung ist online unter www.ipomex.de kostenfrei bis zum 10. April 2013 möglich.

Danach können sich Fachbesucher nur noch vor Ort gegen eine Registrierungsgebühr von 10 Euro anmelden.

IPOMEX[®]

6th international
police meeting
and exhibition

16.-18. April 2013
Münster

WWW.IPOMEX.COM



Messebegleitende Veranstaltungen u. a.:

- **DHPol-Seminare**

- „Strategie und Taktik bei der Bewältigung von Einsatzlagen“
- CAN-Bus-Seminar

- **Leitstellenkongress des Behörden Spiegel**

Erstmalig:

- **Interaktive Erlebniswelten**

- **KRIFA Fachtagung Kritische Infrastruktur am 18. April**



UNTERSTÜTZT DURCH:



Die hochauflösende Kamera dreht sich während der Aufnahme langsam um ihre eigene Achse, horizontal und vertikal und liefert ein vollsphärisches Tatortdokument.

Im Kontext zum Thema »Kriminalitätsbekämpfung« führt das LAFF NRW am 16. und 17. April 2013 in einem Seminarraum die Fortbildungsveranstaltung »Dokumentenmissbrauch und Neuerungen« durch.

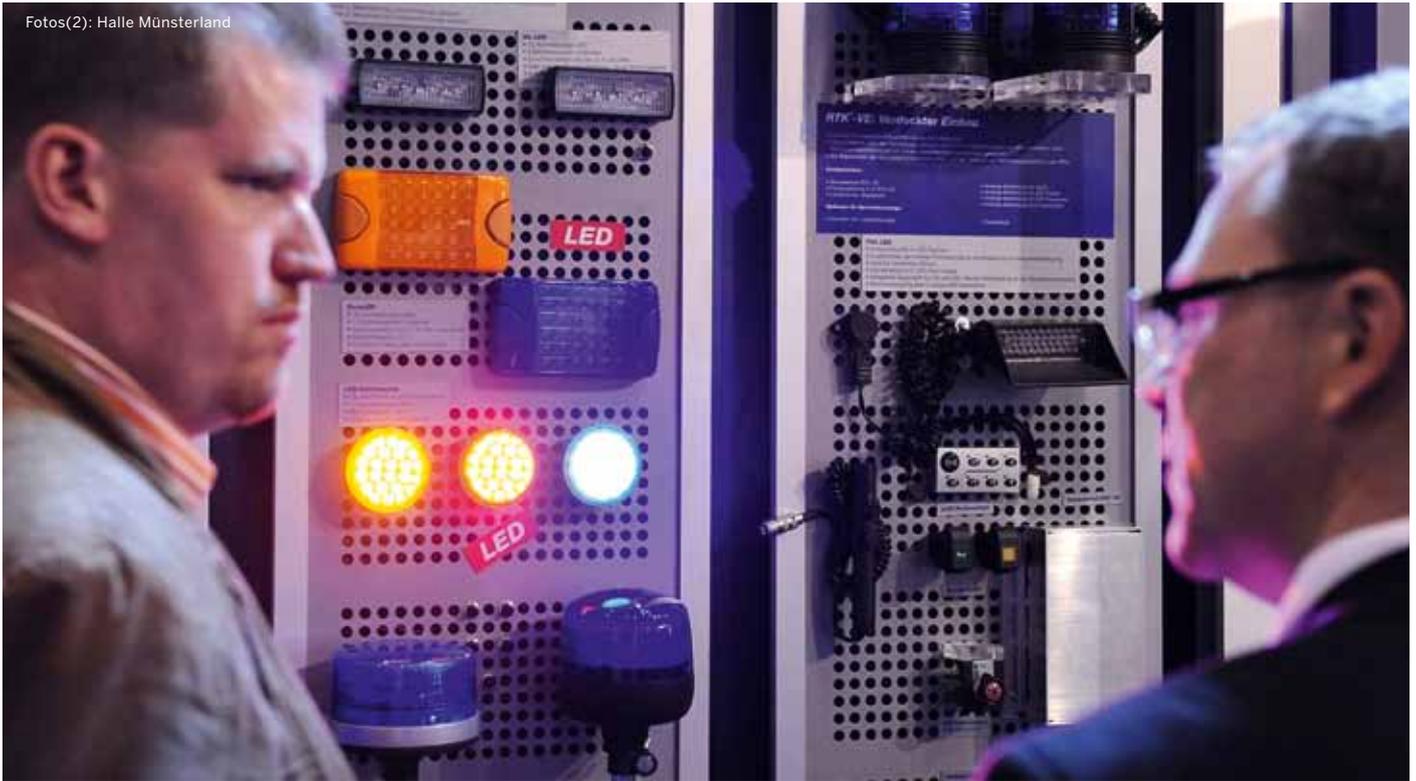
Bis zu 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer bekommen dort wichtige Informationen zum Thema Dokumentenmissbrauch und erfahren Neues über das Konzept der Polizei Niedersachsen zur Bekämpfung des Dokumentenmissbrauchs.

Am NRW-Stand wird das PP Münster über das Thema »Verkehrsunfallaufnahme und Technik für den täglichen Dienst«

informieren. Als Beispiel dient dabei die Technik der Verkehrsunfallaufnahme nach dem Massenunfall auf der Bundesautobahn (BAB) 31 im Jahr 2011. Anhand eines Films wird zunächst einmal die Unfalllage auf der BAB 31 dargestellt. Der darauf aufbauende Vortrag wird anhand der im Außenbereich aufgebauten Schadenslage die Vorgehensweise der eingesetzten Kräfte und die besondere Problemstellung verdeutlichen. Das beim Massenunfall vor Ort eingesetzte Team des Verkehrskommissariats führt die Unfallaufnahme vor. Ergänzend werden der sogenannte »Matrix-Bulli« und der beim Massenunfall als Befehlskraftwagen eingesetzte Schwerlasttruck aufgestellt.

Die Polizei der Fahrradstadt Münster wird darüber hinaus auch die Einsatzmöglichkeiten von Mountainbikern vorstellen.

Ein eigenes Schwerpunktthema auf dem NRW-Stand bilden der Digitalfunk und die zertifizierte Anwendung »Lichtbild NRW« (LIBI NRW). Das LAFF NRW und das PP Münster präsentieren beispielsweise die Einsatzmöglichkeiten von LIBI NRW mittels eines auf dem Messestand aufgebauten PC-Arbeitsplatzes sowie das »Funkkonzept 3000« (digitale Endgeräte für



die Polizei NRW) sowie das dazugehörige Schulungskonzept.

Dritter Messetag – Fachtagung »KRIFA«

Am dritten Messetag werden Themen der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr in einer eigenständigen Veranstaltung thematisiert. Auf der KRIFA – der Fachtagung Kritische Infrastruktur – präsentieren Feuerwehr, Rettungsdienste, Technisches Hilfswerk und private Sicherheitskräfte Lösungen, wie ein Blackout und seine Folgen beherrscht werden können.

Der Hintergrund dieser Tagung ist die durchaus wachsende Bedrohung durch einen flächendeckenden und länger anhaltenden Stromausfall wie etwa infolge des Sturms Sandy in New York oder im vergangenen November in München. Ein neuer, schwerer Blackout scheint nicht ausgeschlossen – die Bundesnetzagentur selbst sieht das deutsche Stromnetz »in einer kritischen Lage«.

Die KRIFA soll Schnittstellen zwischen polizeilicher und nichtpolizeilicher Gefahrenabwehr herausarbeiten und mit Best Practice-Angeboten sowie zahlreichen Erfahrungsberichten die Reaktions- und Leistungsfähigkeit betroffener Bereiche

verbessern. Die KRIFA widmet sich kritischen Infrastrukturen, die einerseits essentiell für die Versorgung der Bevölkerung, andererseits anfällig für technische Pannen, Naturkatastrophen und Terroranschläge sind. Das können Energieversorger und Telekommunikationsdienstleister ebenso sein wie Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen oder Einrichtungen des Finanz- und Warenverkehrs.

Dabei gilt es, von den Erfahrungen der Anderen zu lernen. Die Erkenntnisse der Münchner sind ganz frisch, auch im Münsterland sind der Blackout nach dem Schneechaos 2005 und dessen Bewältigung noch in guter Erinnerung. Die KRIFA

liefert Beispiele aus und für die Praxis. Die konkreten Fälle werden wissenschaftlich und theoretisch unterfüttert: Die Universität Bonn, die einen eigenen Studiengang »Katastrophenvorsorge und Katastrophenmanagement in Disaster Management« eingerichtet hat, stellt aktuelle Studien vor. Vertreter mehrerer Katastrophenschutzbehörden wollen an der Tagung teilnehmen. Auch die Abteilung »Gefahrenabwehr« des NRW-Innenministeriums wird sich beteiligen. Begleitet wird die Tagung von einer Ausstellung. Unter anderem werden hier Notstromaggregate und Anlagen zur Aufbereitung von Trinkwasser gezeigt. /// **Redaktion Streife**





Damit Leben gelingen kann

Fortbildungs- und Freizeitangebote der katholischen Polizeiseelsorge im Erzbistum Paderborn

Fortbildungsseminare fragen nach dem Umgang mit Sinn, Glück und Zufriedenheit im Polizeidienst und Privatleben und helfen, im Alltagsstress gesund zu bleiben. Eine Studienreise führt nach Spanien; die Polizeiwallfahrt nach Worms.

FORTBILDUNGSANGEBOTE

»Damit Leben gelingen kann« – Zufriedenheit und Glück, Angenommensein und ganzmenschliches Wohl wünschen wir uns alle in unserem Leben. Oftmals hängen diese notwendigen und angestrebten Ziele ab von Grundkoordinaten im dienstlichen wie privaten Umfeld. Damit Leben gelingen kann, bedarf es bestimmter Voraussetzungen im Berufsalltag sowie auch im persönlichen Lebensbereich. Dem wollen wir uns aussetzen und nachspüren.

TERMINE:

- > vom 22. bis 26. April in der Katholischen Akademie Schwerte
- > vom 14. bis 18. Oktober sowie vom 11. bis 15. November in der Landvolkshochschule Hardehausen
- > vom 2. bis 6. Dezember in der Bildungsstätte Liboranium Paderborn

MOTORRADFAHRERSEMINAR

Seminar mit staatsbürgerlichen-, sozial- und berufsethischen Inhalten zur Auseinandersetzung mit deutscher und europäischer Geschichte und Gegenwart am Beispiel des Harzes.

TERMIN:

- > vom 13. bis 17. Mai in Wernigerode

GESUND BLEIBEN IM ALLTAGSSTRESS

Seminar für Polizeibeamtinnen und -beamte mit Partner/in

TERMIN:

- > vom 8. bis 11. Juli in Elkerkinghausen

BUNDESSEMINAR

Das Thema: »Berlin – politisches, gesellschaftliches, polizeiliches und kulturelles Zentrum Deutschlands«

TERMIN:

- > vom 18. bis 22. August in Berlin

ZWEITER BEGEGNUNGSTAG

»POLIZEI UND KIRCHE«

Begegnung mit Behördenleiter/innen, Landräten/innen und Polizeipräsidenten/innen sowie Beamten/innen des Höheren Dienstes der Polizei NRW im Bereich der Erzdiözese Paderborn

TERMIN:

- > 5. September in Paderborn

SEMINAR »ZIELORIENTIERT GESPRÄCHE FÜHREN KÖNNEN«

Sprachliche und psychologische Aspekte und Gesprächsführung im Berufsalltag. Kommunikationsseminar

TERMIN:

- > vom 4. bis 6. November in Schwerte

FREIZEITANGEBOTE

Wanderwochenende vom 19.

bis 21. Juli im Sauerland

Studienreise nach Andalusien (Spanien)

vom 22. September bis 2. Oktober

Polizeiwallfahrt am 29. September nach Worms

KOSTEN:

Anmeldungen und Infos: frühzeitig, jedoch spätestens zwei Monate vor Veranstaltungsbeginn.



Kontakt: über Polizeidekan Monsignore

Wolfgang Bender oder seine Sekretärin, Frau de Kegel

Carl-Sonnenschein-Weg 6 | 33758 Schloß Holte-Stukenbrock

Tel. 05207 99 59 37 | Fax 05207 99 59 68

E-Mail: polizeiseelsorge@erzbistum-paderborn.de

www.polizeiseelsorge-erzbistum-paderborn.de

Für die Seminare kann im Rahmen des § 4 svr/v Sonderurlaub oder gemäß Art.11 der »Vereinbarung über die Wahrnehmung der katholischen Polizeiseelsorge im Land Nordrhein-Westfalen« (Mbl. NW 1962, S. 1352) Dienstbefreiung beantragt und gewährt werden.

Qualifikation geschafft NRW-Damenauswahl Volleyball siegte bei der Vorrunde für die Deutsche Polizeimeisterschaft 2013 in Mainz



STECKBRIEF: DAS DAMEN-VOLLEY- BALLTEAM DER POLIZEI NRW

TRAINER UND CO-TRAINER:

Uwe Leßmann und Wolfgang
Lechtenberg

MANNSCHAFT:

Marina Averdung, Kim Behrens,
Lena Brüggemann, Eileen Coenen,
Inga Glüer, Anne Jahnel, Fabienne
Kroos, Andrea Mersch-Schneider,
Patricia Nubi, Anja Pöpping,
Mareen Terwege, Denise von Pidoll

SCHIEDSRICHTER:

Stephan Reckmann

PHYSIOTHERAPEUTIN:

Anica Bommert

Ende Januar fand die Vorrunde der DPM Volleyball (Gruppe 3) in Rheinland-Pfalz statt. Da die Damenmannschaft sich entgegen der Herrenausswahl zunächst noch für die Endrunde qualifizieren musste, nahm sie an der Vorrunde in Mainz teil. Die Herren-Auswahl brauchte sich nicht in den Vorrunden zu qualifizieren, weil sie amtierender Deutscher Polizeimeister ist.

In Mainz mussten sich die Volleyballerinnen aus NRW gegen die Damen-Kader aus Baden-Württemberg (BW) und Rheinland-Pfalz (RLP) behaupten, um den begehrten Endrundenplatz für die DPM zu bekommen. Durch die unter dem neuen Trainer Uwe Leßmann durchgeführte intensive Vorbereitung des NRW-Kaders wurden alle Voraussetzungen geschaffen, diesen Platz zu sichern. Das erste Spiel gegen die Auswahl aus BW, die sich deutlich unterlegen zeigte, entschied NRW erfolgreich in knapp einer Stunde mit 3:0 für sich. In einem deutlich umkämpfteren Spiel gegen die Auswahl aus RLP konnten die Damen aus NRW in den entscheidenden Phasen immer noch zulegen und auch nach Rückständen die ersten beiden Sätze für sich entscheiden. Nach einem furiosen Start im dritten Satz – mit 16 Punkten in

Folge durch eine Aufschlagserie – war der Satz schnell entschieden und RLP mit 3:0 besiegt. Der Einzug in die Endrunde mit dem wohlverdienten Sieg in der Vorrundengruppe 3 ist damit gesichert!

Ganz sicher hat zu dem Erfolg auch die Unterstützung einiger angereicherter Kollegen der Männerauswahl NRW beigetragen, die u. a. mit einer großen Trommel für Stimmung sorgten und die Damen anfeuerten.

In der Endrunde der DPM Volleyball Männer und Frauen Mitte April sind in Selm nun beide Landeskader NRW vertreten! ///

Andrea Mersch-Schneider

Polizeimeisterschaften vom Skifahren bis zum Ju-Jutsu Das Wettkampfprogramm der Polizei 2013 im Überblick

FÖRDERMASSNAHMEN NRW

Tennis	01.05.–03.05.2013	LAFP NRW Münster
Radfahren	26.06.–28.06.2013	LAFP NRW Selm
Tischtennis Länderkampf	02.09.–06.09.2013	Graz (Österreich)
Handball Männer	Sept./Okt. 2013	Offen
Judo	28.10.–30.10.2013	LAFP NRW Selm
Sportschießen	offen	Leistungszentrum Dortmund / LAFP NRW Selm

Nach dem ereignisreichen Sportjahr 2012 werden auch in diesem Jahr wieder in einigen Sportarten Europäische Polizeimeisterschaften (EPM), Deutsche Polizeimeisterschaften (DPM) und Polizeilandesmeisterschaften (PLM) durchgeführt.

POLIZEILANDESMEISTERSCHAFTEN (PLM)

PLM Tischtennis	23.04.2013	PP Oberhausen
PLM Leichtathletik	05.06.2013	LR Unna
PLM Triathlon	08.09.2013	LR Mettmann/Ratingen
PLM Fußball Männer	Juli 2013	PP Bielefeld

DEUTSCHER POLIZEICUP (DPC)

DPC Schwimmen & Retten	07.–09.06.2013	PP Essen
-----------------------------------	----------------	----------

DEUTSCHE POLIZEIMEISTERSCHAFTEN (DPM)

DPM Handball Frauen	13.05.–17.05.2013	Bruchsal (Baden-Württemberg)
- ohne Beteiligung NRW -		
DPM Fußball Frauen	17.06.–20.06.2013	Kassel (Hessen)
DPM Volleyball Frauen	15.04.–19.04.2013	LAFP NRW Selm
DPM Volleyball Männer	15.04.–19.04.2013	LAFP NRW Selm
DPM Leichtathletik	04.09.–05.09.2013	Lübeck (Bund)
DPM Triathlon	10.08.2013	Arendsee (Sachsen-Anhalt)
DPM Marathon	12.10.–14.10.2013	München (Bayern)
DPM Ju-Jutsu	16.10.–17.10.2013	Enkenbach-Alsenborn (Rheinland-Pfalz)

EUROPÄISCHE POLIZEIMEISTERSCHAFTEN (EPM)

EPM Ski	17.03.–22.03.2013	Les Diablerets (Schweiz)
EPM Volleyball Männer	26.05.–01.06.2013	Frankfurt am Main (Hessen)
EPM Volleyball Frauen	14.10.–21.10.2013	Prag (Tschechische Republik)
EPM Basketball Männer	30.09.–07.10.2013	Turin (Italien)
EPM Schwimmen	10.09.–14.09.2013	Dnepropetrovsk (Ukraine)

Sportgremien der Polizei NRW

Mit Einführung der Sportlerlasse vor gut zwei Jahren kamen viele Fragen rund um den Sport in der Polizei auf. Ob es um die Teilnahme an oder die Durchführung von Polizeimeisterschaften ging oder um die Genehmigung von außerdienstlichem Sport, Zeitkontingente im Rahmen des Dienstsportes, Förderungsmöglichkeiten als Spitzensportler, zu erbringende Leistungsnachweise, das Europäische Polizei-Leistungsabzeichen (EPLA) oder um das Controlling: Zahlreiche Fragen gingen bei den Sportgremien der Polizei NRW ein.

Wer sind diese Sportgremien und welche Fragen kann man an wen richten? Hier ein kurzer Überblick:

Das Referat 412

Das Referat 412 gehört zu der Gruppe 41 beim Ministerium für Inneres und Kommunales (MIK) NRW unter der Leitung des Inspektors der Polizei Dieter Wehe. Im Zuständigkeitsbereich des Referates 412 liegen Führung und Steuerung, Inspektion sowie Sport in der Polizei. Die Funktion des Polizeisportbeauftragten des Landes NRW ist an den Referatsleiter gebunden.

Im Referat 412 gehen u. a. Ersuchen und Anfragen aus anderen Bundesländern mit Sportbezug oder des Deutschen Polizeisportkuratoriums ein. Hier erfolgt auch die Zustimmung für alle Belange des Sports innerhalb der Polizei NRW.

Das Polizeisportkuratorium (PSK) NRW

Das MIK NRW hat zu Beginn des Jahres 2011 das Polizeisportkuratorium NRW unter dem Vorsitz von Polizeidirektor Burkhard Kowitz vom Polizeipräsidium Krefeld eingesetzt. Dort wurde auch die Geschäftsführung eingerichtet. Das PSK NRW berät alle Polizeibehörden sowie das Ministerium für Inneres und Kommunales in allen Angelegenheiten des Sports in der Polizei.

Es besteht aus

- > dem Hauptsportwart (gleichzeitig Vertreter des Vorsitzenden)
- > dem Leiter der Zentralen Fortbildungsstelle Polizeisport beim LAFP NRW
- > den Beauftragten für Sportangelegenheiten der Studierenden an der FHöV NRW, Fachbereich Polizeidienst
- > dem Polizeiarzt mit dem Zusatz Sportmedizin
- > einem Vertreter des Dachverbandes der Polizeisportvereine NRW
- > den Fachwarten und der Fachwartin im Land Nordrhein-Westfalen
- > der Vorsitzenden der Kampfrichtergemeinschaft,
- > den Leitern der Landessportgruppen.

An der Zusammensetzung wird schnell ersichtlich, dass dort alle fachbezogenen Fragen rund um den Polizeisport beantwortet werden können. Informationen über Sportveranstaltungen in der Polizei, Termine, Beratungen, Antworten auf Möglichkeiten oder Voraussetzungen zur Teilnahme an sportlichen Veranstaltungen in der Polizei usw. können hier eingeholt werden. Ihre Anfragen richten Sie bitte an das PSK NRW. Eine entsprechende Weiterleitung oder die Vermittlung des zuständigen Ansprechpartners erfolgt von dort zentral.



So erreichen Sie das Polizeisportkuratorium NRW:
per Mail über PSKNRW.Krefeld@Polizei.NRW.de

(oder intern F Krefeld PSK NRW)

Telefon: 02151 634-3001

CN-Pol: 07-249-3001

Der Auftritt im Internet ist derzeit noch nicht wieder möglich.

Die Zentrale Fortbildungsstelle Polizeisport beim LAFP NRW

Polizeihauptkommissar Peter Motzin als Leiter der zentralen Fortbildungsstelle Polizeisport beim Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP) NRW arbeitet mit seinen Mitarbeitern in enger Kooperation mit dem PSK NRW zusammen. Sie planen neben ihren vielfältigen anderen Aufgaben insbesondere das jährliche Fortbildungsprogramm für den Dienstsport und gewährleisten dessen Durchführung, organisieren Sportlehrgänge im Rahmen des Dienstsports sowie Sichtungsllehrgänge oder Fördermaßnahmen im Rahmen des Wettkampfprogramms der Polizei NRW.

Fachausschuss

Der Fachausschuss besteht aus den Fachwartinnen und Fachwarten des Landes NRW. Die Leitung obliegt dem Hauptsportwart Polizeioberst Stefan Kronenberg vom Polizeipräsidium Wuppertal. Der Fachausschuss unterstützt das LAFP und PSK NRW bei der Planung, Organisation, Durchführung und Nachbereitung der Maßnahmen des polizeilichen Wettkampfprogramms. Er betreut auch die Mitglieder der Landeskader der Polizei NRW und führt jeweils Lehrgänge durch.

Innerhalb der Polizei NRW werden folgende Sportarten betreut:

- > Fußball
- > Crosslauf
- > Marathon
- > Handball
- > Volleyball
- > Judo und Ju-Jitsu
- > Leichtathletik
- > Radfahren
- > Sportschießen
- > Schwimmen und Retten
- > Tennis
- > Tischtennis und
- > Triathlon.

Die Sportbeauftragten der Polizeibehörden

Die Sportbeauftragten der Polizeibehörden wirken bei der Planung und Durchführung in allen Angelegenheiten des Dienstsports ihrer Behörde mit. Eine Beratung und Unterstützung ist sowohl bei der zentralen Fortbildungsstelle des LAFP als auch beim PSK NRW möglich. /// **Andrea Schaub, PSK NRW**

Starlight Express begeistert Millionen

Das Musical mit den weltweit meisten Besuchern läuft seit 25 Jahren

Im Juni 2013 wird das Jubiläum mit einer großen Festwoche begangen. Inspiriert von seinen eisenbahnbegeisterten Kindern, rief der Komponist Andrew Lloyd Webber 1988 »Starlight Express« ins Leben. Mehr als 14 Millionen Besucher sahen die Show bislang.

Für das Jubiläum hat Lloyd Webbers Sohn Allistair eine neue Liebesballade komponiert, die in das Musical integriert wird. Darüber hinaus wird ein neuer Laser die Vorstellung mit einer noch spektakuläreren Lichtshow in Szene setzen. Außerdem steht der komplette Austausch der Soundanlage auf dem Plan, der das Musical auch tontechnisch auf dem höchsten Stand hält. Und am Theaterhimmel strahlen so viele Sterne wie nie zuvor um die Wette. Das Musical erzählt die Geschichte von der Weltmeisterschaft der Lokomotiven: Mit Rollschuhen, die Funken sprühen, mit

Nebelraketen und waghalsigen Stunts der Darsteller. Die insgesamt 1.100 m² große Bühnenfläche verbindet sich immer wieder zu neuen, eindrucksvollen Ebenen. Die wie Gleise anmutenden Laufbahnen führen mitten durch den Zuschauerraum.

»Starlight Express« ist im Starlight Express-Theater, Stadionring 24, 44791 Bochum, zu sehen. Karten sind für 29,90 € – 94,90 € (zzgl. Vorverkaufs- und 2 € Systemgebühr) erhältlich.

Alle Streife-Leser erhalten bei Nennung der Kunden-PIN 121498 eine Ermäßigung von 10 Prozent auf den Kartennettowert unter 0211 / 73 44 120.



Die Streife verlost 2 x 2 Freikarten für »Starlight Express« in Bochum. Um daran teilzunehmen, müssen Sie das richtige Lösungswort auf einer ausreichend frankierten Postkarte oder per E-Mail bis zum 14. April 2013 einsenden an:

Ministerium für Inneres und Kommunales NRW, Redaktion Streife, Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf
E-Mail: streife@mik.nrw.de

Bitte der Redaktion: Bei E-Mails im Betreff nur PREISRÄTSEL eintragen und grundsätzlich die vollständige Privatadresse eingeben. Danke!

verwöhnt	Zweiergruppe	für sich allein, separat	englische Prinzessin	Gästedienstler	Fruchtbrei	grünliche kleine Zitrusfrucht	elektr. Anschlussteil	festes Ganzes	geschl. Hausvorbau	fossiler Brennstoff	Zündschnur	Zahlwort
Paradiesgarten			Bühnendekoration						Reiseweg			
zum Zusammenbruch führend		2			it.: Bier	Uhrengeräusch						Abk.: Operationsaal
Region, Gebiet			Schlaufe		Faustkampf nach Regeln				britischer Popstar (Sir ... John)		5	
handeln	Insel-europäer	unge-reinigte Ölsäure		1		Sängergruppe Abk.: Chefarzt		4		Abk.: Encapsulated PostScript		
					veraltet: Held, Krieger		3		Auflösung des letzten Rätsels ■ E ■ V ■ G ■ P A ■ E ■ ■ F I V E ■ G A S T H O F ■ T R U P P ■ ■ F A E N G E R ■ R P F U I ■ L U I ■ ■ E H R E ■ Z E M E S S E ■ E W E R K ■ ■ K M E I L E N ■ Z M F ■ ■ S T A E T T E ■ K N I E H O S E ■ ■ I H R O R A K E L N ■ S E I ■ ■ V A K A N T ■ A N L E I T E N ■ (1-5) Traum			
Passions-spielort in Tirol			in hohem Grade			Ausruf d. Freude, Lustigkeit						
Zahl unterm Bruchstrich					Abwandlung, Variante							

1	2	3	4	5
---	---	---	---	---

IMPRESSUM

Herausgeber

Ministerium für Inneres und Kommunales
des Landes Nordrhein-Westfalen
Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf

Verantwortlich

Dieter Spalink,
Referat Öffentlichkeitsarbeit und
Online-Kommunikation

Redaktionsleitung

Ralf Hövelmann
Ministerium für Inneres und Kommunales NRW
Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Redaktion *Streife*
Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf
Tel. (0211) 871-23 66
Fax (0211) 871-23 44

CN-PolNRW 07-221-2366

Internet: www.streife.polizei.nrw.de

E-Mail: streife@mik.nrw.de

ISSN 0585-4202

Schlussredaktion

pressto GmbH, Köln

Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe:

Peter Bandermann, Markus Bergmann (PP Essen),
Dr. Jörg Bockow, Wilhelm Engel (LPO),
Udo Fink (LPO), Andreas Jänke (LAFP NRW),
Ina Jessel (MIK), Walter Liedtke,
Ramon van der Maat (PP Duisburg),
Andrea Mersch-Schneider (LAFP NRW),
Mirko Roeßink (PP Köln), Andrea Schaub (PSK NRW),
Wolfgang Weidner (PP Krefeld)

Grafische Gestaltung und Satz

designiert Corporate Design, Düsseldorf

Druck

kuper-druck gmbh, Eschweiler
Papier: Condat matt Perigord,
FSC-zertifiziert



Die *Streife* erscheint im Zwei-Monats-Rhythmus 6-mal im Jahr. Beiträge zur Veröffentlichung können direkt an die Redaktion gesandt werden. An den abgedruckten Beiträgen behält sich die *Streife* alle Rechte vor. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe. Kürzungen von Leserzuschriften behält sich die Redaktion vor und bittet hierfür um Verständnis. Für Manuskripte und Fotos, die unaufgefordert eingesandt werden, wird keine Haftung übernommen.



Streife wird herausgegeben vom
Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes
Nordrhein-Westfalen
www.streife.polizei.nrw.de /// ISSN: 0585-4202



POLIZEI
Nordrhein-Westfalen